

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 28. Februar 1931

Nummer 17

Gegen den Abbau übertariflicher Entlohnung

Jedem weiteren Abbau übertariflicher Entlohnung ist von jedem einzelnen Verbandsmitglied mit besten Kräften entgegenzuwirken. Von besonderer Bedeutung für diese Abwehr ist der Verzicht auf Annahme von Stellungsangeboten, die zur Besehung von Arbeitsstellen dienen sollen, die infolge Lohnabbauversuchs von ihren bisherigen Inhabern entweder freiwillig aufgegeben oder durch Kündigung von Unternehmerseite aufgegeben werden mußten.

Dazu ist unbedingt erforderlich, daß die in § 17 der „Bestimmungen über die Unterfertigungen“ nach den Beschlüssen des Verbandsvorstandes vom 5. August 1929 für alle Mitglieder vorgeschriebene Einzige einer Erkundigung bei dem zuständigen Gauvorsteher vor jedem Konditionswechsel streng beachtet wird. Nichterfüllung dieser sahrungsgemäßen Pflicht hat zur Folge, daß diese Mitglieder auf die Dauer von 13 Wochen außer Bezug jeder Unterfertigung gesetzt werden, ebenso wird im Falle eines Umzugs keine Umzugsbeihilfe gezahlt. Viele Anfragen lassen erkennen, daß über den Begriff „zuständiger Gauvorsteher“ immer noch Unklarheit herrscht. Allwöchentlich gehen bei einzelnen Gauvorstehern Anfragen ein, die an andre Gauvorsteher weitergeleitet werden müssen, wodurch Zeitverräumnis, unnötige Portoauslagen usw. entstehen. Zuständig ist nur der Vorsteher des Gaues, in dessen Bereich der Betrieb liegt, wohin sich das Mitglied verändern will. Bei Stellenangeboten ist also zunächst auf den Seiten 45 bis 64 der Verbandsatzung festzustellen, zu welchem Gau der in Betracht kommende Druckort gehört; die Adresse des zuständigen Gauvorstehers ist dann aus nachstehendem Verzeichnis der diesbezüglichen Anschriften zu ersehen. Auskunftseinholungen nur bei Gau- oder Kreisleitungen der Sparten sind nicht maßgebend. Die Auskunft des zuständigen Gauvorstehers ist mit dem Verbandsquittungsbuch dem Vorstand des neuen Konditionsortes abzugeben. Etwaiger Mißbrauch der Auskunftserteilung zieht Ausschluß aus dem Verband nach sich.

*

Bannern: Gauvorsteher August Böhlina, München 2, SO 3, Solikstraße 24 I.
Berlin: Gauvorsteher Robert Braun, Berlin SO 10, Engelauer 24 I.
Danzig: Gauvorsteher Karl Töpfer, Danzig, Karolinenstraße 26.
Dresden: Gauvorsteher Max Schlimann, Dresden, Mathildinenstraße 7 I.
Erschke-Bogeland: Gauvorsteher Erich Dertelt, Chemnitz, Peltzstraße 7 I.
Frankfurt-Ostern: Gauvorsteher Wilhelm Revedt, Frankfurt a. M., Allee/Kaiserstraße 61, III.
Hamburg-Altona: Gauvorsteher F. R. Rüdiger, Hamburg, Besenbinderhof 57, II, Zimmer 3.
Hannover: Gauvorsteher Gustav Pfingsten, Hannover, Nikolaistraße 7, II.
Leipzig: Gauvorsteher Leopold Seiffelbart, Leipzig, Brüderstraße 9, II.
Meklenburg-Vorpommern: Gauvorsteher L. Daback, Schwerin, Hofstraße 10.
Mittelrhein: Gauvorsteher Friedrich Conrad, Mannheim P 4, 4/6, Volkshaus.
Nordwest: Gauvorsteher Frau Fischer, Bremen, Am Wall 82.
Oberrhein: Gauvorsteher Karl Sandfort, Bielefeld i. Br., Schwabenstraße 2, II.
Oder: Gauvorsteher Gustav Reineke, Stettin, Lindenstraße 20.
Sturzen: Gauvorsteher S. Reiser, Mühlhausen i. Fr., Vorder-Markt 61/62, III.
Südböhmen-Westfalen: Gauvorsteher O. Fischer, Berlin am Rhein, Geronhof 28.
In der Saale: Gauvorsteher Hugo Müllner, Halle a. d. S., Kleine Mauerstraße 7 I.
Saarbezirk: Gauvorsteher Anselm Störk, Saarbrücken, Brauerstraße 6/8.
Schlesien: Gauvorsteher Karl Fiedler, Breslau, Margaretenstraße 17, II.
Schleswig-Holstein: Gauvorsteher Martin Präter, Kiel, Leutenstraße 24, II.
Sachsen: Gauvorsteher Karl Wislawa, Weimar, Volkshausstraße 26, vorz.
Württemberg: Gauvorsteher Oskar Klein, Stuttgart, Heustiftstraße 54, vorz.

Ein trauriges Kapitel in der Geschichte des Deutschen Buchdrucker-Vereins

III. Die prinzipalsseitige Begründung des Lohnraubs im Reichsarbeitsministerium

In der ominösen Nr. 13 der „Zeitschrift“ vom 13. Februar d. J. wurden die prinzipalsseitigen Argumente bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 11. Februar für ihren Beutezug auf die Löhne der deutschen Buchdruckereiarbeiter durch umfangreiche sinnmäßige Wiedergabe der Ausführungen ihres Hauptreferenten den Lesern des Prinzipalsorgans zur Kenntnis gebracht. Eingeleitet war die Sache mit einem Vorwort, das wir unsern Lesern aus mancherlei Gründen auch mit keiner Silbe vorzuenthalten möchten. Es hat folgenden Wortlaut:

Die Verhandlungen vor dem Vertreter des Reichsarbeitsministers waren von demselben Geiste erfüllt, wie beim bisherigen Verlauf des Lohnstreits. Unversöhnlich und unüberbrückbar standen sich Anträge und Anschauungen der beiden Parteien gegenüber. Mit keinem Wort wurde von Gegenseite Verständnis für die wirtschaftliche Notlage des Buchdruckergewerbes gezeigt. Die Gesetze der Wirtschaft schienen ihnen fremd zu sein. Ihre Lohn- und Arbeitszeitforderungen stellten sie turmhoch über die Notwendigkeiten der Druckereibetriebe. Das Buchdruckergewerbe muß sich der Lage der übrigen Wirtschaft und dem Gebot ihrer Gesetze anpassen. Demzufolge verlangen die Vertreter der Prinzipale, erfüllt von dem Verantwortungsbewußtsein für die Erhaltung des Ganzen, Senkung der Gehaltskosten und somit auch der Löhne. Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten es ab, hierbei mitzuwirken. Ihre Lohn- und Arbeitszeitforderungen erschienen ihnen wichtiger als die Gesunderhaltung der Druckereien und die Wiederherstellung ihrer Rentabilität. Ohne das geringste Verständnis dafür zu zeigen, daß das Buchdruckergewerbe dringender einer Erleichterung seiner schweren Lasten bedarf, verschärfen sie mit fanatischem Eifer ihre Forderung auf Arbeitszeitverkürzung. Die Rolle, die die Gewerkschaftsvertreter bei diesen Lohnverhandlungen spielten, wird immer ein trauriges Kapitel in der Geschichte des deutschen Buchdruckergewerbes bleiben.

Eine besondere Begründung der wie vorstehend kritisierten Haltung unserer Vertreter bei den Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium glauben wir für unsre Kollegen im Reich nicht nötig zu haben. Es dürfte vielleicht kein besseres Zeugnis für die nachdrücklichste Interessenvertretung durch die gewerkschaftlichen Unterhändler geben, als es ihnen mit dieser „Kritik“ des Prinzipalsorgans ausgestellt wurde. Ihre Haltung konnte auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse in Beruf und Haushalt der Arbeitererschaft unfres Gewerbes gar nicht anders sein. Auch nicht der gewerblichen Lage gegenüber. Denn diese ist trotz aller Schattenseiten, die dem Übermut der heutigen „Wirtschaftsführer“ zuschreiben sind, eben noch lange nicht so schlimm, daß sie den durch die Verbindlichkeitsklärung formalrechtlich geschützten Lohnabbau moralisch rechtfertigen könnte. Der Prinzipalsreferent, der für seine eigene Leistungen eine wesentlich höhere Steigerung seines Nominal Einkommens aus den Taschen der Mitglieder des Deutschen Buchdrucker-Vereins trotz der von ihm beklagten schlechten Lage des Gewerbes zweifellos als selbstverständlich beurteilen dürfte, hatte naturgemäß eine besondere Berechtigung zu der Feststellung, daß die Steigerung des Nominallohns der Gehilfenschaft gegenüber der Vorkriegszeit 77 Proz. betrage, während sich der Reallohn um 26 Proz. erhöht habe. Wir sagen, die erstere beträgt, am tariflichen Spitzenlohn gemessen, etwa 10 Proz. weniger, und was den Reallohn betrifft, behaupten wir, daß dieser, gemessen an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten, überhaupt nicht höher ist als vor dem Kriege. Ferner operierte der Prinzipalsreferent mit einer von Deutschen Buchdrucker-Verein halbjährlich aufgestellten Konjunkturstatistik, die selbstverständlich ihrem Zweck entsprechend nichts anderes ergab, als was man brauchte, um dem

Vertreter des Reichsarbeitsministers das Grufeln beizubringen. Von Gehilfenseite wurde jedoch eine von amtlicher Seite ausgenommene Produktionsstatistik für das Buch- und Zeitungsgewerbe übergestellt, die gerade das Gegenteil bewies. Diese Nachweise wurden von Prinzipalsseite als nicht maßgebend bezeichnet, weil sie ohne Mitwirkung des Deutschen Buchdrucker-Vereins ermittelt seien; was natürlich alles andre als ein Beweis dafür sein konnte, daß diese Feststellungen nicht richtig wären. Daß die Durchschnittswerte der Aktiengesellschaften im Vertriebsgewerbe unter dem Durchschnitt der Gesamtindustrie liegen, war ein weiterer Schlag, der die Durchschlagskraft der prinzipalsseitigen Argumente stärken sollte. Daß diese Berechnung durch den Nachweis überdurchschnittlicher Abschreibungen und sonstiger Bilanzatrobantik früher schon an dieser Stelle mit dem Ergebnis verhältnismäßig gesunder Stabilität der Betriebsergebnisse für das Buchdruckergewerbe entkräftet werden konnte, sei hier nur registriert. Es wird auf diesem Gebiet in Zukunft noch tiefer hineingeleuchtet werden. Ein weiteres Kapitel bildete, das im Buchdruckergewerbe ganz besonders ungünstige Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen“. Den weit unter dem Tarif liegenden Preisen standen hohe Tariflöhne nebst übertariflichen Löhnen gegenüber, und „diese weit auseinanderklaffenden Entwicklungsreihen hätten die Notlage des Gewerbes im stärksten Maße verschuldet“. Daran stimmt nur so viel, daß die tatsächlich erzielten Preise in vielen Fällen zwar unter dem eigentlichen Preistarif des Deutschen Buchdrucker-Vereins liegen, trotzdem aber nur im gleichen Verhältnis wie in der Vorkriegszeit. Auch damals stand der Preistarif turmhoch über den Preisen der Praxis; die gegenseitige Schmutzkonkurrenz war nicht weniger schlimm als heute, hat aber doch nicht verhindert, daß das Buchdruckergewerbe einen ungeahnten Aufschwung genommen hat und bis heute in seinem gesamten Produktionsapparat weit über den Bedarf der Gesamtwirtschaft an Druckmaschinen hinausgewachsen ist. Ferner gab es auch schon in der Vorkriegszeit eine beachtenswerte übertarifliche Entlohnung. Zieht man noch in Betracht, daß z. B. der tarifliche Leistungszuschlag für Maschinenseher höher war als der heutige, so kann man, wenn man aufrichtig sein will, nicht sagen, daß das Lohnkonto jetzt relativ viel „drückender“ sei als vor dem Kriege. Eine auch von uns nicht bestrittene größere Belastung des Gewerbes kommt nur von der Seite einer kurzfristigen Erweiterung des Produktionsapparates, der dem deutschen Buchdruckergewerbe unter Berücksichtigung der technischen Fortschritte für Satz und Druck eine Leistungskapazität gibt, die mit dem Dreifachen der Vorkriegszeit nicht zu hoch berechnet ist. Daß dieser Entwicklung heute keine gleichwertige Bedarfssteigerung gegenübersteht, ist kein Wunder, sondern die Wirkung der sogenannten wirtschaftlichen Gesetze, auf die sich die Unternehmer in allen Wirtschaftsgruppen heute berufen, ohne sie bisher selbst genügend beachtet zu haben. Diese Gesetze der „Wirtschaftsführer“ nun durch Lohnsenkung oder Senkung der Kaufkraft abgeschwächt zu wollen, ist gerade für das Buchdruckergewerbe, dessen Erzeugnisse zum größten Teil keine unbedingten Lebensnotwendigkeiten darstellen, nicht nur kein Gegengewicht gegen diese Gesetze der bisherigen „Unternehmerinitiative“, sondern nur noch eine weitere Belastung der Wirtschaft, weil dadurch ihr eigentlicher Zweck der Bedarfsdeckung der großen Masse des Volkes in gleichem Maße vereitelt wird. Die auch jetzt noch ständig zunehmende Arbeitslosigkeit, die einen immer umfangreicheren Stillstand der

Produktionsmittel erkennen läßt, geht parallel mit der sinnlosen Erweiterung des Produktionsapparates und mit der noch schlimmer wirkenden Lohnsenkungswelle, die zunächst zwar die Arbeiterschaft für die falschen Wege der privatkapitalistischen Wirtschaftsführer bestrafte, in ihrem Endresultat aber mit doppelter Wucht sowohl aus wirtschaftlichen wie sozialen Gründen auf ihre kurzfristigen Urheber zurückfallen wird. Daran wird durch die weitere Klage des Prinzipalsreferenten über die von den Vertragsaufgebern des Druckgewerbes, wie Reichsbahn, Reichspost und Finanzämtern geforderten weiteren Preisnachlässe kaum etwas geändert werden können. Denn es ist jedenfalls ein grotesker Widerspruch, wenn auf der einen Seite dem Staate durch die bekannte staatsfeindliche Politik der deutschen Wirtschaftsführer z. B. auf dem Gebiet der Steuerleggebung die Mittel versagt werden, die erforderlich sind, um für die Bedürfnisse der öffentlichen Körperschaften gerechliche Preise zahlen zu können, während auf der andern Seite bei der Vergabe von befürchtlichen Druckaufträgen (vgl. „Submissionsblättern“ in Nr. 15 des „Korr.“ auf Seite 100) eine geradezu himmelschreiende Schmutzkonkurrenz unter den Buchdruckereibesitzern getrieben wird. Da wir diesem traurigen Kapitel der Preisgestaltung in unserm Gewerbe infolge des prinzipalseitigen Lohnraubtollers noch eine besondere Beachtung widmen müssen, wollen wir es hier bei dieser kurzen Kennzeichnung bewenden lassen.

Erfreulicherweise bestätigt die „Zeitschrift“ in besonderer Weise das äße Ningen unser Vertreter um die Forderung der **Arbeitszeitverkürzung** auch im Reichsarbeitsministerium, wie diese in dem in Nr. 12 des „Korr.“ vom 11. Februar in dem Leitartikel „Verständigung oder Lohnpolitische Diktatur?“ als Erweiterung unfres ursprünglichen Antrags zu den diesmaligen Lohnverhandlungen formuliert war. Die durch diesen Antrag geforderte Arbeitszeitverkürzung wurde als das ungeeignetste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bezeichnet. Es müsse dadurch eine weitere Verteuerung der Produktion eintreten, die neue Arbeiterentlassungen zur Folge haben würde. Daß ein Opfer von Unternehmerseite, für das bei einigermaßen erträglichem Lohnausgleich im Sinne unfres Antrags höchstens 8 Proz. der heutigen Lohnsumme in Frage gekommen wäre, leicht zu tragen gewesen wäre, das beweist der dem Reichsarbeitsminister nachher versprochene Preisabbau um 4 Proz. Denn dieser macht im Durchschnitt sogar noch mehr aus als die für die geforderte Arbeitszeitverkürzung erforderliche Erhöhung des Lohnkontos. Unfre Vertreter haben selbstverständlich nicht verzäumt, auf diese Ausgleichsmöglichkeit durch Wegfall eines Preisabbaues hinzuweisen. Aber die Unternehmervertreter wollten diesen Ausweg nicht gehen, obwohl von Zeitungsverlegerseite die für sie besonders empfindliche Schädigung durch einen auch noch so geringen Preisabbau erkannt und die Notwendigkeit einer Preisenkung als Ausgleich für einen Lohnabbau mit Recht sehr skeptisch beurteilt wurde. Nicht uninteressant war auch, daß von dieser Seite der Lohnanteil an den Herstellungskosten der Zeitungen mit nur 10 bis 30 Proz. berechnet wurde; wodurch die Unmöglichkeit einer Senkung der Bezugs- und Anzeigenpreise bewiesen werden sollte, da der Lohnabbau von 6 Proz. für viele Zeitungen sehr wenig, höchstens 0,1 Proz. der Gesamtkosten ausmache, während von andern Prinzipalvertretern der Lohnanteil wiederum beinahe doppelt so hoch bezeichnet wurde.

So zeigte sich auch vor dem Reichsarbeitsministerium Zug um Zug, daß die Argumente der Prinzipalität für einen Lohnabbau gegenüber den wirklichen Tatsachen nicht durchschlagend waren. Bei auch nur einigermaßen gutem Willen wäre es daher möglich gewesen, auf einer vernünftigeren Basis noch in letzter Stunde zu einer Verständigung statt zu einer Lohnpolitischen Diktatur zu kommen. Der mit dieser Entscheidung verbundene Preisabbau kommt den Prinzipalen viel teurer zu stehen, als eine mit der Forderung der Arbeitszeitverkürzung und erträglichem Lohnausgleich verbundene Verlängerung des bisherigen Lohns. Denn neben dieser durch Preis- und Lohnabbau rein wirtschaftlichen Schädigung hebet Teile der Tarifparteien sind die sozialen Gegensätze zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe ganz bedeutend vertieft worden. Das ergibt zusammen eine **dreifache Belastung** des Gewerbes, und zwar dank der widersinnigen Lohn- und Preispolitik des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Daß dessen Leitung nicht einmal die Verantwortung dafür übernimmt, sondern sie im Widerspruch zur Gegnerschaft des übrigen Unternehmertums gegen die staatliche Schlichtung auf den Reichsarbeitsminister abwälzte, gibt der Begründung dieses auch

für die Mitglieder des Deutschen Buchdrucker-Vereins durch eine lohnpolitische Diktatur teuer erkauften Lohnraubs eine ganz besondere Note. Die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes wird das ihr zugefügte Unrecht solange nicht vergessen, als es nicht durch eine vernünftige Wiedergutmachung restlos ausgemerzt wird.

Was erfordert unfre Zeit?
Weltbürgerliches Denken vor allem! Das literarische Programm der Südostdeutschen Buchdruckerei umfaßt die besten Namen der Weltliteratur

Soziale Ungerechtigkeit

Als soziale Ungerechtigkeit ist der vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärte Schiedsspruch in Nr. 14 des „Korr.“ bezeichnet worden, und das mit vollem Recht. Helle Empörung erwahte in der deutschen Gefellenschaft, als bekannt wurde, daß die Bucharbeiterschaft diesen Zwangstarif schluden müsse. Noch im letzten Moment gaben unfre Gefellensvertreter zu erkennen, daß es bitteres Unrecht sei, die Armen der Armen in unserm Gewerbe, die mit dem glatten Minimum, oder mit einigen Mark darüber ihre Familien vielleicht gerade vor dem Verhungern schützen können, mit dem für diese Schicht so sehr fühlbaren Abbau noch weiter in ihrer wirklich nicht beneidenswerten Lebenslage herabzubrüden. Aber selbst dieser Appell für den Schutz der Armen fand nicht das Ohr des Herrn Arbeitsministers. Turmhoch über diese Einstellung der Herren Schlichter steht demgegenüber das große Solidaritätsgefühl der deutschen Gefellenschaft zu ihren arbeitslosen Lebensgenossen. Im Arbeitsministerium kein Gefühl für die Arbeitslosen mit ihren darbedenden Familien, kein Wille, hier lindernd zu fesseln — aus formalrechtlichen Gründen! Kollegen Deutschlands! Hämmert euch und euren Angehörigen diese Tat des Herrn Arbeitsministers hart ins Gedächtnis, es kommt auch einmal wieder der Tag, an dem wir abrechnen werden!

Der Zwangstarif ist Geseh, unfre Instanzen dürfen sich nicht gegen seine Durchführung einsehen. Trotzdem ist es gerade jetzt am Plage, noch einmal darauf hinzuweisen, wie ungerecht sich dieser Schiedsspruch auswirken muß. Der Verbandsvorstand nahm am 30. November 1930 eine Statistik über das ganze Verbandsgebiet auf, die meinen Darlegungen zur Unterlage dient. Von dieser Statistik wurden 70 750 Gehilfen erfasst. Auf der Grundlage dieser Lohnstatistik stellte der Verbandsvorstand einen Reichsdurchschnittslohn von 64,41 M. fest. Im Reichsdurchschnitt betrug der Tariflohn (einschließlich der tariflichen Zuschläge für Maschinenseher und Korrektoren) 66,40 M., die übertarifliche Entlohnung im Reichsdurchschnitt 8,01 M.

Der durchschnittliche Wochenlohn betrug bei den

Handsehern	60,12 M.
Maschinensehern	78,43 M.
Flachdruckern	61,58 M.
Liedruckern	74,33 M.
Rotationsdruckern	68,69 M.
Stereotypseuren und Galvanoplastikern	67,80 M.
Korrektoren	68,11 M.
Sonstigen Gehilfen	61,92 M.

Die Handseher, Flachdrucker und die sonstigen Gehilfen bleiben mit ihrem durchschnittlichen Wochenlohn noch unter dem Reichsdurchschnittslohn der gesamten Gefellenschaft, der 64,41 M. beträgt. Diese drei Berufsgruppen stellen also in übergroßer Zahl das Meer der unter dem Reichsdurchschnitt Entlohnungen, wobei zwar die Gruppe: Sonstige Gehilfen nur im geringen Prozentsatz in Frage kommt, da nur 615 Gehilfen überhaupt unter diese Rubrik fallen. 14 363 Gehilfen (20,3 Proz. der Beschäftigten im Reich) werden zum reinen Tariflohn entlohnt. Hieran sind beteiligt: die Handseher mit 9218 (25,7 Proz. der Handseher), die Maschinenseher mit 1358 (11,7 Proz. der Maschinenseher), die Flachdrucker mit 2907 (20,3 Proz. der Flachdrucker), die Liedrucker mit 20 (4,6 Proz. der Liedrucker), die Rotationsdrucker mit 182 (7,6 Proz. der Rotationsdrucker), die Stereotypseuren und Galvanoplastiker mit 277 (10,1 Proz. der Stereotypseuren und Galvanoplastiker), die Korrektoren mit 250 (0,9 Proz. der Korrektoren). Sonstige Gehilfen mit 141 (22,8 Proz. dieser Gruppe). Die obengenannten drei Berufsgruppen haben also auch bei der reinen Minimumbezahlung die höchsten Prozentsätze aufzuweisen. Nun wird der Betrag des Schiedsspruchs mit den Prozentausschlägen zwar allen Gehilfen abgezogen, und es hat den Anschein, als wären alle Gehilfen gleichmäßig belastet. Aber hierin liegt gerade die große Ungerechtigkeit des Schiedsspruchs, daß die übergroße Zahl der Minderentlohnungen (wiederum die Handseher und die Flachdrucker), die zum Tariflohn und mit wenigen Mark darüber Entlohnungen die am schwersten Belasteten sind. Es wird wohl niemand bestreiten wollen, daß ein Gehilfe mit 10 bis 30 M. über Minimum den Abzug des Schiedsspruchs leichter ertragen kann, als ein Gehilfe, der zum Minimum oder bis zu 10 M. darüber entlohnt wird. Unfre Gefellensvertreter haben das auch erkannt und sind für eine Milderung dieser Härte eingetreten. Um so unverständlicher ist es, wie man im Reichsarbeitsministerium sich über diesen berechtigten Einwand hinwegsetzen konnte. Wenn nun schon einmal zwangsweise Opfer gebracht werden müssen,

dann kann man dieses Opfer doch nur dort fordern, wo etwas zu holen ist.

Der 13. Februar ist vorüber, und schon zeigt sich, daß unfre Herren Prinzipale sich mit dem Gewinn des Schiedsspruchs noch nicht einmal zufriedene geben, sondern darüber hinaus auch noch die Leistungslohnne kürzen wollen. Und das in sehr vielen Fällen in gerade nicht befriedigendem Maße. Auch bei der bisher erfolglosen Antündigung der Kürzung der übertariflichen Löhne in den Betrieben legen sich die Herren Prinzipale trotz ihres so oft hervor gehobenen „sozialen Verständnis“ über die Notlage der Minderentlohnungen glatt hinweg und bieten den Kollegen in den Betrieben wie den durch den Arbeitsnachweis Vermittelten Löhne, die als hochsprechend zu bezeichnen sind und weder die anspruchsvollsten Geizigen gewährleisten noch mit den gebotenen Leistungen irgendwie in Einklang zu bringen sind. Im Buchdruckertarif sind Mindestlöhne für Mindestleistungen festgesetzt, wie wollen die Herren Prinzipale es verantworten, wenn sie, wie in der letzten Woche auf dem Berliner Nachweis geschehen, erstklassige Arbeitsseher und Mehrfarbendrucker für Zweitourmaschinen mit Anlageapparat für das glatte Minimum anfordern, diesen vermittelten Kollegen dann nicht einmal das Berliner Minimum der Klasse C (55 M.) bieten, sondern den Kollegen das Minimum der Klasse B bieten, weil die betreffenden Kollegen noch nicht über 23 Jahre alt waren — und diese Angebote unter Androhung der Sperrung der „AII“. Die Herren Prinzipale werden sich verrechnen, hier kann und wird es nur ein einstimmiges Nein der Gefellenschaft geben; wir sind gelernte Arbeiter, die eine vierjährige Lehrzeit hinter sich haben und können nachweisen, daß wir in jeder Hinsicht den Erfordernissen der Zeit und unfres Berufes durch unfre Weiterbildung zum Nutzen des Gewerbes auf unfre Kosten — ohne Hilfe der Unternehmer — Rechnung tragen. Darum wird der Abbau unfre übertariflichen Leistungszulagen den schärfsten Widerstand der Gefellenschaft finden, wobei wir der Unterstützung unfre Organisation sicher sind. Wenn die Unternehmer jetzt allgemein die Aufhebung der Sperrfrist in der „AII“ als Druckmittel zum Lohnabbau benutzen, so erwarten wir weitestgehende Unterstützung unfre Verbandsinstanzen, damit jeder Kollege sich den Lohn erhalten und erringen kann, der seinen Leistungen entspricht. An die Kollegenschaft aber richte ich den Appell, ihre Leistungen mit dem gebotenen Lohn auf der Grundlage des Buchdruckertarifs in Einklang zu bringen — wie der Lohn, so die Arbeit!
H. P. (Berlin).

Wie kann das Meer der Erwerbslosen gemindert werden?

Die Lohnabbauwelle hält überall, in immer stärkerem Maße, ihren Einzug, ohne auch nur das geringste von einem nur fühlbaren Preisabbau zu spüren. So wurde auch uns ein Lohnabbau aufgezwungen. Unfre Vorberung auf Verkürzung der Arbeitszeit, um unfre seit Jahren erwerbslosen Kollegen nur irgendwelche Aussicht zu geben, in den Produktionsprozess wieder eingereicht zu werden, fanden weder bei dem Zentrallichtungsamt, noch bei dem Reichsarbeitsministerium das geringste Verständnis. Jetzt liegt es an der gesamten Kollegenschaft, mehr denn je hinter der Organisation und ihren Betriebsvertretungen zu stehen. Die Organisationsvorstände haben in ihrem Aufruf in Nr. 14 des „Korr.“ erfreulicherweise auch die Überstundenfrage angeführt. Gerade das ist ein Punkt, dem in der heutigen Zeit, wo Tausende unfre Berufslosen arbeitslos sind, mehr Beachtung zu schenken ist. Hier möchte ich auf die Überstundenzahl, welche nach § 3 der Arbeitszeitverordnung wir verpflichtet sind, hinweisen. Der § 3 der Arbeitszeitverordnung lautet:

Unbeschadet der im § 10 vorgezeichneten Ausnahmen dürfen die Arbeitnehmer eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung über die im § 1 Satz 2 und § 3 vorgezeichnete Höchst Arbeitszeit (48 Stunden, soweit durch Tarifvertrag nicht anders vereinbart ist) hinaus an dreißig der Woch der Arbeitgeber überlassen Tagen im Jahr mit Mehrarbeit bis zu zwei Stunden beschäftigt werden.

§ 10 der Arbeitszeitverordnung, auf welchen der § 1 Bezug nimmt, lautet:

Die nach dieser Verordnung sich ergebenden Beschränkungen der Arbeitszeit finden keine Anwendung auf vorübergehende Arbeiten in Notfällen und in außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen des Betroffenen eintreten und deren Folgen nicht auf andere Weise zu beseitigen sind, besonders, wenn Rohstoffe oder Lebensmittel zu verderben oder Arbeitsergebnisse zu mißlingen drohen.

Das gleiche gilt, wenn eine geringe Zahl von Arbeitnehmern über 16 Jahren an einzelnen Tagen mit Arbeiten beschäftigt wird, deren Nichterledigung das Ergebnis der Arbeit gefährdet oder einen unverhältnismäßigen wirtschaftlichen Schaden zur Folge haben würde, und wenn dem Arbeitgeber andere Vorkehrungen nicht zugemutet werden können.

Wie sieht es aber aus. Am hier nur eins herauszugreifen, möchte ich einmal die Zeitungs- und Zeitschriftenverbreitungen in Erwähnung bringen. Werden hier nicht am Ende der Woche oder am Monatsende mehr als die uns gesetzlich zuzurechnenden Überstunden geleistet? Nun wird mancher sagen, das sei technisch nicht möglich, uns auf die gesetzlich zuzurechnenden Überstunden zu beschränken. Für uns Buchdrucker kommen die Notfälle oder außergewöhnlichen Fälle, wie § 10 besagt, nicht in Frage. Hier kann es nur eins geben. Die Betriebs- bzw. die Organisations-

vertretungen müssen das mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern, daß mehr als die uns gegenseitig zumutbaren Überstunden geleistet werden. Die Zeitungs- bzw. Zeitschriftenverleger müssen sich darauf einstellen, einen frühzeitigen Anzeigenannahmesluß festzusetzen. Sind die Inserenten einmal daran gewöhnt, dann würden auch die vielen Überstunden vermieden, die Arbeit würde sich dann mehr auf die Woche verteilen, und es könnten dadurch m. E. arbeitslose Kollegen untergebracht werden. Sollte es dennoch nicht durchführbar sein, dann sollten die Betriebsvertretungen mehr als zwei Stunden ablehnen. Die Geschäftsleitungen wären dann gezwungen, bei der Behörde um Genehmigung nachzusuchen. Die Behörde hätte dann die Genehmigung nur befristet zu geben. Nach Ablauf dieser Frist würde sich der Vorgang wiederholen. Dann ist es Aufgabe der Behörde, ob sie das für die Dauer verantworten könnte, dauernd Genehmigung zu erteilen, um Tausende unserer Berufskollegen sich nach Arbeit sehnen. Die Betriebs- bzw. Organisationsvertretungen sind hier vor Aufgaben gestellt, um das Heer unserer erwerbslosen Kollegen zu vermindern. Hätten die Unternehmer so wenig soziales Verständnis, um unsern Erwerbslosen wieder Arbeit zu geben, wo wir im Interesse unserer feiernden Kollegen Opfer bringen wollten, so müssen wir alle gesetzlichen Mittel in Anspruch nehmen, um das Heer der Erwerbslosen zu vermindern.

Frankfurt a. M.

D. B.

Reichtum führt zur Not

Es klingt widersinnig, wenn man sagt: Reichtum führt zur Not. Und doch ist es heute bittere Wahrheit: Die große Weltkrise, die gegenwärtig wieder die Wirtschaft erschüttert, beweist es mit aller Deutlichkeit. Woher kommt nun der große Widerspruch in unserer Wirtschaft? Muß er sein?

Ein Blick auf den Weltmarkt und die Weltwirtschaft. Was spielt sich hier ab? Die Erzeugungsfähigkeit der Welt ist in den letzten Jahren ganz gewaltig gewachsen. Der Produktionsapparat der Welt ist heute in der Lage, weit mehr an Bedarfsgütern herzustellen, als in Zeiten guter Konjunktur verbraucht werden. Die Erzeugung von Bedarfsgütern hat in den vergangenen Jahren eine Steigerung erfahren, die weit über die vorhandenen Absatzmöglichkeiten hinausgeht. Es liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, daß die Erzeugungsfähigkeit und Erzeugung von Gütern immer wachsen muß. Der Erwerbsdruck und die Profitierung ist die Triebfeder, die immer wieder zur Erweiterung der Produktionsanlagen drängt. Nur ein paar Zahlen für das Wachstum der Wirtschaft in dem letzten Jahrzehnt: Die Weltproduktion von Kohlen ist von 1925 bis 1928 um 15 Proz. und Stahl um 20 Proz. gestiegen. Bei andern Rohstoffen ist die Steigerung teilweise noch größer. Die Kaufkraftgewinnung hat sich sogar von 1925 bis 1929 um 72 Proz. erhöht. Diese Reihe ließ sich noch erweitern. Jedenfalls läßt sich auf der ganzen Linie ein bedeutendes Wachsen feststellen.

Die enorme Produktionssteigerung mußte zur Anhäufung großer Gütervorräte und zur Krise führen, weil der Verbrauch nicht mit der Erzeugung Schritt gehalten hat. Der Vorratindex von Mitte 1930, der auf Mitte 1929 basiert, zeigt folgendes Bild:

Mitte 1929 = 100	
Kupfer	166
Zinn	234*
Zinn	179
Wolle	88*
Baumwolle	133
Rohseide	362
Weizen	109
Zucker	125**
Kaffee	203
Rautschul	152

Aus dem Index ist zu ersehen, daß sich die Weltvorräte 1930 bedeutend gegenüber 1929 vergrößert haben. Trotz bedeutender Produktionsbeschränkung sind die Vorräte seit Mitte 1930 bis jetzt noch beträchtlich gewachsen. So sind nun heute enorme Gütervorräte in der Welt auf-

* März 1930 zu Juni 1929.
** September 1929 zu September 1928.

Im Westen nichts Neues

Seit Wochen erwarteten wir die Gelegenheit, den in Deutschland verbotenen Film „Im Westen nichts Neues“ im nahen Ausland sehen zu können. Nunmehr ist der Zeitpunkt da. Allabendlich fahren vom „Gewerkschaftshaus“ Autobusse und bringen Genossinnen und Genossen nach dem Nachbarländchen Luxemburg. Von Trier ist der Filmverleihsort nur einige Kilometer entfernt. Die Fahrt geht wehlich. Auf derselben Straße, wo deutsche Truppen dem Verbändnis entgegenzogen. — August 1914. Damals war ich noch Schuljunge. Ich erinnere mich an den Mobilmachungstag. Hier auf der Straße sah ich die Fahrradkolonne ausfahren, die als erste deutsche Truppe die Grenze überschritt. Dort ist die damals schwer bewachte Moselbrücke, die ich nun mit einem Impfschein in der Hand passieren konnte. Es ist dieselbe Straße, auf der rheinische Regimenter Schritt auf Schritt folgten. An der Straße liegt der Militärbahnhof, von dem damals unauffällig Transport auf Transport abrollte. Ich erinnere mich an den Kriegstaumel und das „Spionensieber“ in den Straßen und Plätzen der Stadt. Humor und Ernst, Weinen und Hurraufe waren zu vernehmen. Dazwischen die Worte: „In vier Wochen sind wir in Paris, Weimarnacht sind wir zu Hause“. Dann der Schluß: „Die Vögel in der Walde...“

Die Grenze ist erreicht. Die Zoll- und Passformalien werden vorgenommen. Noch eine kurze Strecke mosel-

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Gustav Pfister in Ludwigshafen a. Rh.
Eingetreten: 1. März 1881. — Jetzt Invalide



gestapelt. Überall herrscht Güterreichtum. Jeder Mensch mit gesundem Menschenverstand muß darum zu der Auffassung kommen: bei einem derartigen Güterreichtum darf es keine Not mehr geben, muß jeder Mensch in den Genuß des erhöhten Wohlstandes kommen. Aber im Kapitalismus gilt die wirtschaftliche Vernunft nichts, wenn es an den Unternehmerprofit geht.

Das Wachsen der Erzeugungsfähigkeit, der Gütererzeugung und der Vorräte kann für uns Menschen nur nützlich sein, wenn alle Menschen in den Genuß des erhöhten Arbeitsertrages kommen. Volkswirtschaftler haben festgestellt, daß der Wohlstand der Menschheit jährlich um 3 Proz. wächst; sie haben aber vergessen zu sagen, daß nur der Wohlstand der bestehenden Klassen gemeint ist. Heute kommt eben nur eine bestimmte Oberschicht von Menschen in den Genuß des erhöhten Arbeitsertrages. Die Verteilung des Arbeitsertrages ist eine soziale Machtfrage. Wer die Macht besitzt, hat auch den größten Anteil! Die falsche Verteilung des Arbeitsertrages verhindert eine gerechte, vernünftige Auswirkung des Güterreichtums. Den Anteil der Arbeiterschaft am Arbeitsertrag verjagt man immer mehr zu kürzen, sei es durch Lohnabbau oder andere Maßnahmen. Der Arbeitsertrag kann sich darum für die Arbeiterschaft nicht in erhöhtem Wohlstand auswirken.

Wie wirkt sich aber heute die gesteigerte Gütererzeugung ohne genügende Kaufkraftweiterung aus? Warum der Verbrauch mit der Erzeugung nicht Schritt gehalten hat, soll uns hier nicht interessieren. Diese ungleiche Entwicklung, wie sie in den vergangenen Jahren gewesen ist, mußte zur Anhäufung von bedeutenden Vorräten und zur Absatzstörung führen. Auf dem Markt ist ein Gesetz maßgebend, welches besagt: Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Steigt die Nachfrage, dann steigt der Preis; steigt das Angebot, dann fällt der Preis. Dieses Gesetz wird zwar hier und dort durchbrochen, auf dem Weltmarkt hat es hingegen noch allgemeine Gültigkeit. Häufen sich aber unter diesen Umständen auf dem Weltmarkt beträchtliche Vorräte an, dann führt eben das steigende Angebot zum Fallen der Preise. Und nur die enorm gewachsene Gütererzeugung und Vorratsanhäufung der letzten Jahre können die bedeutenden Preisstürze auf dem Weltmarkt erklären.

Noch eine andre Wirkung hat diese Entwicklung der Erzeugung und des Verbrauchs: Die Absatzstörung und

die Vorratsanhäufung zwingen zur Einschränkung der Gütererzeugung. Sind keine Ausflüchte für den Absatz der erzeugten Güter vorhanden, dann lohnt sich die Erzeugung nicht mehr. Einschränkung der Gütererzeugung heißt heute: Freisetzung von Arbeitskräften, bedeutet Arbeitslosigkeit! Das Arbeitseinkommen dieser arbeitslosen Schichten fällt weg, die Arbeitslosigkeit führt so zur Schwächung der Massenkraft. Sie stärker in einem Industriestaat die Arbeitslosigkeit ist, um so größer muß auch der Verlust der Massenkraft sein. Der Kaufkraftschwund durch Arbeitslosigkeit beträgt in Deutschland bei etwa fünf Millionen Arbeitslosen im Vierteljahr etwa 1,6 bis 1,9 Milliarden Mark. Der Anfahrtsrückgang und die Absatzstörung läßt auch das Einkommen anderer Schichten zurückgehen. Gegenwärtig erleben wir, daß infolge der mangelnden Kaufkraft die notwendige Verteilung der Güter nicht stattfinden kann. Obwohl jene Menschen die gleichen Bedürfnisse noch haben, sind sie infolge mangelnden Einkommens nicht in der Lage, sie zu stillen.

Der Reichtum der Wirtschaft kann sich heute nicht auswirken, weil die Verteilung der Konsumgüter durch die Kaufkraft geschieht, und diese wird durch das Einkommen bestimmt. Soziale und wirtschaftliche Kräfte bestimmen das Einkommen. Das Arbeitseinkommen, das die Massenkraft vertritt, ist bei den Arbeitern heute nicht allzu hoch, um so eine genügende, richtige Verteilung des Arbeitsertrages zu ermöglichen.

Neben der falschen Einkommensverteilung führt auch notwendigerweise die Planlosigkeit der Wirtschaft zum Anwachsen der Güter, somit zum Güterreichtum, zur Arbeitslosigkeit und zur Not. Das Wachsen der Erzeugung über den Verbrauch hinaus ist bedingt durch den Erwerbsdruck unserer Wirtschaft. Der Erwerbsdruck fragt nicht nach dem Bedarf in der Wirtschaft, sondern nach dem Profit, den die Gütererzeugung abwirft. Man erzeugt nur Waren, um zu verdienen. Je mehr man erzeugen kann und je mehr man absetzen kann, um so größer ist der Gewinn. Die ganze Warenerzeugung ist nur auf Spekulation eingestellt, sie geht darum sehr leicht ins Uferlose. Daß eine solche Wirtschaft Krisen hervorruft, scheint sehr verständlich. Die planlose Gütererzeugung und die falsche Einteilungsverteilung führt zum Warenreichtum und bildet heute mit die Quelle der Arbeitslosigkeit. In unserer Wirtschaft müssen zwangsläufig Erzeugung und Verbrauch in Widerspruch zu einander geraten. Jene Widersprüche müssen Krisen, Arbeitslosigkeit und Not hervorbringen. So erlebte man dann, daß auf der einen Seite ein ungeheurer Güterreichtum erstete und auf der andern Seite große Not. Es ist die Tragik der kapitalistischen Wirtschaft, daß bei vollen Scheunen Menschen hungern müssen.

Das heutige Wirtschaftssystem ist ohne Reichtum und Not nicht denkbar. Soll die Wirtschaft einen Sinn haben, dann muß sie zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse beitragen, darf nicht trotz Warenreichtum Menschen Not leiden lassen. Erfüllt eine Wirtschaftsordnung diese wichtige Aufgabe nicht, dann verliert sie eben ihren wahren Sinn. Wir als Arbeiterklasse haben einen solchen unsfähigen Wirtschaftssystem den härtesten Kampf anzusetzen. Wir wollen an dessen Stelle eine Wirtschaftsordnung sehen, in der es keine Widersprüche mehr gibt, in der keine Krisen entfallen können, in der die Arbeiterschaft keine Not mehr leidet, in der der Arbeitsertrag gerecht verteilt wird. Wir haben darum zu kämpfen, daß der Reichtum nicht mehr zur Not führt, daß die gesamte Menschheit in den Genuß des Wohlstandes kommt.

Erft.

Lothar Wand.

Korrespondenzen

Altenstein (Ostpr.). In unserer Stürmisches verlaufenen **Be r s a m m l u n g** am 14. Februar wurde folgende Resolution gefaßt: „Die am 14. Februar in Altenstein (Ostpr.) versammelten Verbandsmitglieder (B. d. D. B.) faßten folgenden zeitgenössischen Beschluß: In Kenntnis dessen, daß der neuste Schandgeschehnisse im Buchdruckgewerbe, der einen Prozentigen Lohnraub vorführt, durch Verbindlichkeitsklärung seitens des Reichsarbeitsministers rechtskräftig geworden ist, fordern wir die Verbandsleitung auf,

— Seelenverkäufer! Blutungen Menschen wird der Krieg verherrlicht. An ihren Feldennut wird appelliert. Kriegsfreiwillige vor! Das Drama beginnt. — Bezirkskommando, Kasernenhof, Exerzieren — Schnaufen, Schikanieren. Gedanten ausschalten, Geist töten. Dazwischen der allherzgebende Unteroffizier (Himmelstoft). Kriegsbegeisterte Jungens erleben die erste Enttäuschung. Unmenschlichkeit. An der Front sind wir freie Menschen, können für das Vaterland kämpfen. Ein Transport rollt nach dem Westen. Auf einem Eisenbahnwagen steht die Aufschrift: „Jeder Schuß ein Ruß“. Es geht durch die Etappe. Und dann?! Front Langemarck — Birzhoote. Und nun beginnt das „Wert“, die physische und seelische Vernichtung von Menschen, aber auch das große unsterbliche Wert von Erich Maria Remarque. Man könnte es das literarische Grabmal auf den unbekannten Soldaten nennen. Hier ist keine Tendenz. Hier lebt, kämpft und stirbt einer wie der andre, Deutsche und Franzosen. Oder soll man bittere Wahrheiten mit Tendenz verwechseln? Mag hierdurch vielleicht das Ansehen des deutschen Frontsoldaten leiden? Leidet vielleicht das Deutschland durch den besten und menschlichsten Frontkameraden Kat? Kat soll ein Verbrecher sein? Nein, Kat ist in seiner Primordialität mehr Führer als das große Hauptquartier samt seinem Dejeuner. —

Unterfände. Unbestimmtes Warten. Grauen. Hunger. Granateinschläge. Einstürze, Getöse, Krachen, Splintern. Schreie. Wie entsetzlich ist alles. Die Gräben sind zer-

aufwärts, dann steigen wir aus. Die Luxemburger behandeln uns geschäftsfreundlich. Während im deutschen Grenzland seit einigen Wochen die Lichtspielhäuser außerordentlich mager besucht werden, steht man hier Schlangen vor den Kassen, um ja noch einen Platz zu erwischen. Hier im Ort ist das Kino klein. Der Großstädter würde es „Flohlohn“ nennen. Doch den verwöhnten Städter fñrt heute der Raum nicht. Die Filmwand ist entscheidend. Bislang sind in diesem Räume, er mag wohl dreihundert Menschen fassen, nur stumme Filme gezeigt worden. Jetzt ist eine Tonfilmapparatur angebracht. Durch den glücklichen Zufall des überwiegenden Besuchs von Ausländern rezentiert es sich ja zehnfach. — Wir nehmen Platz. Ein großes Plakat mit einem deutschen Soldatengesicht erkennen ich an der Seitenwand. Es ist ein junger kleiner Mensch mit blauen Augen. Strapazen, Leid und Not gibt sein Gesichtsausdruck wieder. Der tief im Genick stehende Stahlhelm macht das Gesicht noch elender. Man sollte mit diesem Bild jedem Stahlhelmaufmarsch entgegenmarschieren. — Das Licht verschwindet. Spannung. Es flackert auf der Filmwand. Hurra, hurra, tam-tam-tam. Marschmusik. Soldaten ziehen aus, ins Feld. „O Deutschland hoch in Ehren...“ Häuserkumud. Zububeln und Winken. In einem Schussal sitzen junge Menschen. Ein „Pädagoge“, Oberlehrer, spricht: „Wir haben das Glück, in großer Zeit zu leben, da müssen wir alle uns zusammenreihen und auch einmal das Bittere überwinden!“ „Und über Kleinigkeiten niemals das große Erlebnis vergessen.“

bei den maßgebenden Instanzen dahingehend zu wirken, daß der Inhalt der Schlichtungsordnung einer sofortigen Abänderung unterzogen wird, wenn nicht anders durch Nachmittel der Gewerkschaften. Es dürfte die Folge nicht anständig sein, daß die famose „Schlichtungsordnung“, besonders für uns Buchdrucker, einseitig in Anwendung gebracht wird. Eine stark organisierte Gewerkschaft bedarf keines Zwangsschiedspruchs. Wir erwarten von unsern Funktionären, daß sie nichts unversucht lassen, dieser Ansicht Geltung zu verschaffen.“

Warmen. Zu unserer Bezirks-Hauptversammlung am 15. Februar im „Gewerkschaftshaus“ in Wuppertal-Warmen waren die Mitglieder in so reicher Anzahl erschienen, daß der große Saal voll besetzt war. Den Mittelpunkt dieser Versammlung bildete die Stellungnahme zu dem Ergebnis unserer Lohnverhandlungen. Vorsitzender Bellinger eröffnete um 1/2 Uhr die Versammlung, die mit dem „Sturm“ von Uthmann durch die Barmer „Typographia“ wirkungsvoll eingeleitet wurde. Nach Erledigung des „Geschäftlichen“ erfaßte der Vorsitzende den Jahresbericht, in dem er noch einmal die Geschehnisse des vergangenen Jahres Revue passieren ließ, auf die für die Arbeiterkraft so schändlichen Verschlechterungen durch Arbeitslosigkeit, Lohnabbau usw. besonders eingehend und deren Ursachen beleuchtend. Nach dem Klassenbericht des Kollegen Stodinger fand der Punkt „Wahlen“ dadurch schnelle Erledigung, daß der Bezirksvorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Zwei ausstehende Resolutionen wurden ergänzt. Kollege Bellinger berichtete darauf von der Bezirksvorsitzendenkonferenz in Köln, auf der die Einzelheiten der Schlichtungsverhandlungen erörtert worden waren. Eine schlagende Disziplin setzte hierauf ein. Alle Redner brachten ihre große Enttäuschung zum Ausdruck. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die äußerst zahlreich besuchte Versammlung des Bezirks Warmen nimmt mit Enttäuschung und Verärgerung Kenntnis, daß der Verbandsvorstand sehr gut verhandelt, aber grundsätzlich nicht handelt. Niemand hat das Vertrauen auf die Stärke der Organisation eines härteren Schlag erklart, als bei der jetzigen Lohnbewegung. Versammlung stellt mit Bedauern fest, daß wir in den letzten Tagen vorübergehend nicht nur einen tariflosen, sondern scheinbar auch einen höherlohnigen Zustand hatten. Die Verhandlungsgeschichte hat mit dieser Lohnbewegung ihr schwarzes Blatt erhalten. Besonders auch die Arbeitslosen sehen sich in ihren Hoffnungen vollständig betrogen.“ (Es zeugt von einer geradezu böswilligen Lügenverleumdung, von einer Vertrauens- und einem hilflosen Zustand im Verband zu sprechen. Derartige, völlig haltlose Bemerkungen sind wohl nur als überlegte Geschäftsaufrichte zu werten, die in der berechtigten Unzufriedenheit der Geschäftsleute über den Lohnabbauabschiedsdruck begründet sind.) Im übrigen trifft auf die Barmer Entschliessung im allgemeinen das zu, was an anderer Stelle dieser Nummer zu einer in Wiesbaden gefassten Resolution gesagt wird. Schriftleitung.) Unter „Verschiedenes“ wurde die Haltung der „Ror.“-Redaktion kritisiert wegen der unüberhörten Aufnahme des Berliner Generalversammlungsberichts mit den Ausführungen des Kollegen Braun über die Arbeitslosigkeit im Gau und die dadurch nach dessen Meinung bedingte Arbeitslosigkeit irgendwelcher Kampfnachnahmen. Schließlich fand noch folgende Resolution nach einer Begründung ebenfalls einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung des Bezirks Warmen nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem widersprüchlichen und schändlichen Vorgehen in den kommunikativen Druckereien der „Roten Fahne“, Halle usw. Die Versammlung hält die Maßnahmen des Berliner Gauvorstandes für angebracht und gerechtfertigt und erwartet vom Verbandsvorstand Schritte, die unsere Kollegen vor künftigen Schikanierungen schützen. Die Geschlechts der Vergangenheit, wie in Solingen, Remscheid, Düsseldorf usw. geben jedenfalls zur Genüge Veranlassung, daß die Verbandsleitung diesen verbrecherischen Machinationen nicht länger stillschweigend zusehen darf.“ Nach vierstündiger Dauer fand die Versammlung ihren Abschluß.

Berlin. (Schriftgießer.) Unsere Versammlung am 12. Februar hatte einen sehr starken Besuch. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende einem verstorbenen Kollegen einen ehrenden Nachruf. Das Ergebnis der Lohnverhandlungen, die mit einem Schiedspruch endeten, löste einen Sturm der Entrüstung aus. Es wurde ausgeführt, daß der Schiedspruch jegliches soziales und ethisches Verständnis vernichten lasse und keine Rücksicht auf die tatsächliche Lage der Schriftgießereiarbeiter nimmt. Nach Schluß der sehr lebhaften Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die

Versammlung der Berliner Schriftgießereiarbeiterkraft nimmt mit Entrüstung von dem Schiedspruch auf 6 Pro. Lohnabbau Kenntnis. Sie lehnt diesen Lohnabbau ab. Dieser Schiedspruch vergrößert das Elend der Arbeiterkraft noch mehr. Die Kollegen erwarten, daß unserm von der Verhandlungskommission eingebrachten Antrag Rechnung getragen wird, damit die große Zahl der Arbeitslosen verringert wird.“

Dortmund. Unsere Bezirks-Hauptversammlung fand am 15. Februar in der „Körnerhalle“ statt. Der Versammlungsbericht überfiel die Erwartungen, so daß der Saal überfüllt war. Vorsitzender Külle wies zunächst darauf hin, daß es unerlässliche Pflicht aller Kollegen sei, eine Betriebsvertretung in jeder Druckerei zu wählen, wo die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind. Der Jahresbericht des Vorstandes wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen und der alte Vorstand mit kleinen Veränderungen wiedergewählt. Von der Regierung in Amsberg wurde eine größere Summe zur Anschaffung einer neuen Schnellpresse für die Berufsschule zur Verfügung gestellt. Kollege Külle bezeichnete das als einen Erfolg der Antragstellung durch unsern Verband. Die Kasse wurde, wie stets, in bester Ordnung befunden und unserm bewährten Kassierer die beantragte Entlastung einstimmig erteilt. Nach einem Bericht des Vorsitzenden folgte eine äußerst heftige Aussprache über den Schiedspruch des Zentralarbeitsratsamtes ein. Helle Empörung ries es hervor, als die inoffiziellen vom Reichsarbeitsminister erfolgte Verbindlichkeitsklärung bekannt wurde. Von mehreren Rednern wurde betont, daß dieser sogenannte legale Weg den Unternehmern mißheißt den Lohnraub an den Gehilfen ermögliche. Das Schlichtungsverfahren für uns niemals die Basis zur Austragung von Lohnkämpfen bilden, sondern es sei ein Mittel, mit dessen Hilfe sich die Unternehmer Vorteile errungen haben. Der Lohnraub dürfe nicht in den Taschen der Unternehmer verbleiben, sondern unser Ziel sei nach wie vor die Wiedereinrichtung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess und Verkürzung der Arbeitszeit unter Abernahme der entfallenden Opfer auf beide Tarifkontrahenten. Als Willenserklärung fand nachstehende Entschliessung einstimmige Annahme: „Die am 15. Februar 1931 versammelte Buchdrucker des Bezirks Dortmund sprechen ihre Absicht aus gegenüber den Instanzen, die durch Lohnabbau im Buchdruckgewerbe die Mode der Tages glauben mitmachen zu müssen und dabei noch versichern, daß dieses Opfer gebracht werden müsse im Interesse der Lebenszeitigen Deutschlands. Die Versammelten als international organisierte Gewerkschaftler sehen voraus, daß dem Lohnabbau in Deutschland ein ebensolcher im Ausland zwangsweise folgen würde, wodurch dann die angeblickt erstrebte Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber sich, wie schon so manches Regierungsexperiment, als Wahnsinn erweisen wird. Die Kollegenpflicht lehnt es entschieden ab und teils höchster Arbeitskontrolle hochqualitativ zu bewertende Arbeitskraft zu einem Lohn zu verkaufen, der in einem untertägigen Verhältnis steht zu dem Eintommen allgauer Staatsbürger in Staats-, Kommunal- und Industriebetrieben. Nachdem der Schiedspruch für verbindlich erklärt worden ist, wird sich ein Ausgleich durch Verminderung der Leistungen als notwendig erweisen. Der außerordentlich hohe Stand der Arbeitslosigkeit erfordert außerordentliche Maßnahmen. Vom Verbandsvorstand erwarten wir, daß er bei künftigen Lohnverhandlungen vorausschauende und vorbeugende Maßnahmen trifft, damit wir nicht wieder den Diktaten der Vertreter eines Systems unterliegen, das eine menschenwürdige Lebenshaltung der Gehilfenkraft verhinert.“ Im zweiten Teil der Versammlung gelangten verschiedene dringliche Vorschläge zur Besprechung. Die „Dortmunder Zeitung“ unternahm den Versuch, ihrem Personal die gesamte Leistungszulage abzubauen. Als vom Personal dagegen protestiert wurde, tarifliche Konflikte drohten und Sanierungsvorschläge zur Abwendung des angeblickt bevorstehenden Konkurses dieser über 100 Jahre bestehenden Firma von der Betriebsvertretung gemacht wurden, erfolgte bei der nächsten Lohnzahlung die Zurückzahlung der bereits einbehaltenen Beträge. Dagegen kündigte die Firma Krüger nun 41 Kollegen das Arbeitsverhältnis, und zwar eigenartigerweise Kollegen, die am Ausfluß der Firma 25, 30, 40 und mehr Jahre durch ihre Arbeitskraft mitwirkten. Doch auch jetzt gelang es nicht, einen Keil in die geschlossene und einmütige Belegschaft zu treiben, vielmehr erfolgte nach verschiedenen und schwierigen Verhandlungen eine Einigung auf der vom Personal vorge schlagenen Basis. Ein Schwereunternehmen vorgenannter Firma, der „Dortmunder General-Anzeiger“ (Ausgabe bis

her 250 000), unternahm danach ebenfalls verschiedene Versuche zur angeblickt Entlastung. Durch den jetzigen Betriebsleiter Hermann Eickermann wurde dem Personal ein Schreiben ausgehändigt, das mit der recht energiegelassen Überschrift versehen war: „Geschlossene Maßnahmen.“ Diese erstreckten sich auf zwei Pensionierungen älterer Kollegen, zwei Kündigungen bei den Rotationen und Kündigungen von acht Hilfsarbeitern. Für die gekündigten Kollegen wurde Weiterbeschäftigung als Hilfsarbeiter zu einem beträchtlich reduzierten Lohn in Aussicht gestellt. Selbstverständlich wurden diese Maßnahmen, die als einseitige Befastung des Personals angesehen wurden, von der Belegschaft abgelehnt und andre Orientierung der beschlossenen Maßnahmen verlangt. In der Aussprache wurde vom Vorsitzenden und mehreren Rednern unter dem Beifall der Anwesenden betont, daß allen Versuchen auf Abbau der erworbenen Leistungszulagen entsehnender Widerstand entgegengeleitet werden soll. Den Kollegen sei die härteste organisatorische Schutz zur Seite.

Eberfeld. Unsere Bezirksversammlung am 15. Februar war äußerst gut besucht. Unter „Vereinsmitteilungen“ wies Vorsitzender Weber auf die Betriebsratswahlen hin und ermahnte die Anmeldeenden, der Aufzählung des DGB nachzukommen und dafür zu sorgen, daß in allen Betrieben die Wahlen getätigt werden. Es dürfe nicht vorkommen, daß es Firmen ohne die gesetzliche Betriebsvertretung gebe, wie dies in der hiesigen „Bergischen Tageszeitung“ (Zentrumsorgan) der Fall gewesen sei. Durch Umstellung dieser Zeitung und insolge Materialbezuges bei drei Maschinenjägern gekündigt worden. Man habe hier nicht die gekündigt, die zuerst angefangen, sondern die bestbezahlten Maschinenjäger genommen und dieses seien untre Mitglieder gewesen, während die anderen (Wandler) unbedenklich blieben. Wäre nun eine gesetzliche Vertretung vorhanden gewesen, so hätten die gekündigten Kollegen am Arbeitsgericht ihr Recht suchen können, so aber wären sie vorläufig rechtlos. Die Klage am hiesigen Schiedsamt wegen Mangelung wurde mit Stimmengleichheit abgewiesen, und nun wird sich das Reichsschiedsamt mit dieser Sache noch befassen. Sodann gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Ende des Jahres waren 880 Mitglieder im Bezirk, arbeitslos 243. Auch im hiesigen Bezirk versuchten verschiedene Prinzipale die Leistungszulage abzubauen. Den stärksten Anteil nahmen die Firmen Samuel Lucas (Eberfeld) und die „Bergische Zeitung“ (Wald). Durch die Geschlossenheit der Kollegen waren wir in der Lage, für die Stammpersonale die Leistungszulage zu halten und diese Aktionen abzuwehren. Hierzu folgte die Berichterstattung von der Bezirksvorsitzendenkonferenz und die Stellungnahme zu dem inzwischen für verbindlich erklärten Schiedspruch. Die Versammlung nahm die Verbindlichkeitsklärung mit dem schärfsten Protest entgegen. Es kam zum Ausdruck, daß man allgemein erwartet habe, daß diesmal der Verbandsvorstand aktiver vorgehen werde. Wir wären dankbar gewesen, hätte man uns aufgerufen. So dürfte es nicht weitergehen. Eine Streckung der Arbeitszeit wäre angebracht gewesen. Die Stimmung wurde immer gereizter und langsam in verschiedenen Resolutionen aus, die aber auf Urteilen des Vorsitzenden Weber zurückgegriffen wurden, da doch nichts mehr am Stand der Dinge zu ändern sei. Der Vorsitzende machte zur Einigkeit, man solle bestrebt sein, die Schlagkraft des Verbandes für kommende Fälle zu erhöhen, damit jeder weitere Angriff abgewehrt werden könne. Hiermit war dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Der Kassierbericht lag gedruckt vor und dem Kassierer Reus wurde Entlastung erteilt. Der alte Vorstand wurde durch Jurius wiedergewählt. Die Vergütung bleibt wie im Vorjahr. Es anwesenden arbeitslosen Kollegen erhielten 1,50 M. aus der Bezirkskasse zugewiesen. Die nächste Bezirksversammlung findet in Solingen statt.

Flensburg. In unserer Versammlung am 14. Februar, die gut besucht war, wurde auch über den Lohnabbauabschiedsdruck gesprochen, der den Kollegen unverändert ist. Nach reichlicher Aussprache, in der die Hoffnung ausgeprochen wurde, daß es in der Nachverhandlungen vor dem Reichsarbeitsminister gelingen möge, für uns arbeitslosen Kollegen noch etwas herauszuholen, kam die Überzeugung zum Ausdruck, daß unser Verbandsvorstand alles tun werde, diesen Schiedspruch nicht Gesetz werden zu lassen.

Frankfurt a. M. (Schriftgießer.) In einer sehr gut besuchten Versammlung am 14. Februar berichtete der Vorsitzende Emil Doris über die Lohnverhandlungen und über den 9. Februar gefassten Schiedspruch. Besonders betonte er die Hartnäckigkeit der Arbeitgeber in ihrem Bestreben, die Löhne abzubauen. Als völlig untragbar müsse die rückwirkende Geltung vom 1. Januar 1931 an bezeichnet

werden wollen. Gleiche Not — gleiches Leid — gleiche Kameradschaft. Auf dem Schlachtfeld, im Unterstand, in Aufstellung. Sind hier Kameradschaftsgenauer ein Dreiz. Führer und Helfer sind ohne Rang: Rat.

Urlaub. Die Heimat ist dem Frontsoldaten fremd geworden. Nicht umsonst. Hier steht alles in voller Spiegelschärfe. Zurück zur Front. Die Kriegsmaschinerie ist wieder in vollem Gange. — „Granaten, Gaschwaden, Tauffottillen — Zerstampen, Zerfressen, Tod, Ruhr, Grippe, Typhus — Wirgen, Verbrennen, Tod. Graben, Lazarett, Wassergrab — mehr Wohlglücklichkeit gibt es nicht.“ So stirbt denn Rat, das Schicksal wollte es, daß ein Bombenplitter ihn erwischte. Von den sieben Freiwilligen aus einer Klasse ist Paul Bäumer der letzte Mann, der noch sterben soll. — Paul steht im Graben. Die Melodie eines Heimatliedes erklingt. Dicht an den Graben legt sich ein Schmetterling auf die Erde nieder. Paul hebt seine Hand und will den Falter einfangen. — Drüben legt ein Scharfschütze sein Gewehr zum Schuß an. Ein Druck, Knall. Die tödliche Kugel hat auch ihn nun getroffen.

Der Film hinterläßt Eindrücke. Man kann ihn kritisch betrachten. Dafür wohl, weil das Buch mehr erzählt. Es fehlt die vollständige Wiedergabe der Urlaubszene. Das

Kasernenleben wird nur zum Teil gezeigt. Hinzu kommt, daß auch Luxemburg zensiert hat. Die Szene mit den drei Familien fehlt. Auch Lazarettfragen sind ausgeschlossen. Man könnte sagen, die Filmdarstellung sei groß aufgetragen. Das festliche Moment sei stark zurückgetreten. Was kann schließlich die Darstellungskunst des Films? Seelisch gesehen, rufen die Bühnenkunstwerke vom Kriege: „Grabmal des unbekanntem Soldaten“, „Der Mann, den sein Gewissen trieb“, „Die andre Seite“ ganz andre Eindrücke hervor. So hat der Film an sich seine Schwächen. Aber ohne enttäuscht zu sein, fast nichts ist an ihm unnatürlich. Einseitig übertrieben? Keine Spur. Individualität im Essen vielsticht? So kann nur einer reden, der wohl keine Ahnung hat von allem, wozu das Frontleben keine. Es sind kleinliche Schwächen, die sich die Begründung der Filmgenuss zu eigen machen, weil sie damit glauben, „nationale Distanz“ zu wahren. In Wirklichkeit kapitulieren sie wie die Zensurbehörde vor der Strafe. Das Verbot ist lächerlich, genügt aber, um das Ansehen der Deutschen im Ausland herabzusetzen. Nach Vorstellungsstil sagte mir ein Luxemburger Gen darm: „Ich verstehe nicht, warum die Deutschen den Film verboten haben, wo der Film doch die Tapferkeit und den Heldentum der Frontsoldaten zeigt.“

— Blumage, Kulturgenosse, Reaktion.

F r i e r . Franz Jacobs.

sterben wollen. Gleiche Not — gleiches Leid — gleiche Kameradschaft. Auf dem Schlachtfeld, im Unterstand, in Aufstellung. Sind hier Kameradschaftsgenauer ein Dreiz. Führer und Helfer sind ohne Rang: Rat.

Urlaub. Die Heimat ist dem Frontsoldaten fremd geworden. Nicht umsonst. Hier steht alles in voller Spiegelschärfe. Zurück zur Front. Die Kriegsmaschinerie ist wieder in vollem Gange. — „Granaten, Gaschwaden, Tauffottillen — Zerstampen, Zerfressen, Tod, Ruhr, Grippe, Typhus — Wirgen, Verbrennen, Tod. Graben, Lazarett, Wassergrab — mehr Wohlglücklichkeit gibt es nicht.“ So stirbt denn Rat, das Schicksal wollte es, daß ein Bombenplitter ihn erwischte. Von den sieben Freiwilligen aus einer Klasse ist Paul Bäumer der letzte Mann, der noch sterben soll. — Paul steht im Graben. Die Melodie eines Heimatliedes erklingt. Dicht an den Graben legt sich ein Schmetterling auf die Erde nieder. Paul hebt seine Hand und will den Falter einfangen. — Drüben legt ein Scharfschütze sein Gewehr zum Schuß an. Ein Druck, Knall. Die tödliche Kugel hat auch ihn nun getroffen.

Der Film hinterläßt Eindrücke. Man kann ihn kritisch betrachten. Dafür wohl, weil das Buch mehr erzählt. Es fehlt die vollständige Wiedergabe der Urlaubszene. Das

werden. Die monatelange Kurzarbeit habe den Lebensstandard der Arbeiterklasse schon obnedies sehr verschlechtert. Durch Lohnsenkung die Wirtschaft aufzubeln zu wollen, heiße den Gaul am Schwanz aufkriegen. Eingehender besprach der Redner noch die vorgelegte Lohnstatistik, die grundlegend für die Zukunft eine Anberung erfahren müsse. Nach einer sachlichen Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Verammlung der Schriftgießerei- und -arbeiterinnen zu Frankfurt a. M. lehnt den Schiedspruch mit einem 50prozentigen Lohnabzug und der untragbaren Rückwirkung vom 1. Januar 1931 auf das allerhöchstenbedeuten ab. Die Verammelten fordern die Arbeitnehmervertreter auf, bei den kommenden Nachverhandlungen für eine grundlegende Abänderung dieses unhaltbaren Schiedspruches einzutreten. Im übrigen spricht die Verammlung ihren Vertretern für die bisher geleistete Tätigkeit ihr Vertrauen aus.“ Der Vorsitzende gab noch die Kündigung der Sonder-, Orts- und Hausratik bekannt und schloß in vorgerückter Stunde mit einer Mahnung zur Einmütigkeit der Kollegen für die Verammlung.

Hannover. Am 1. Februar hatten der Korrektorenverein und die hiesige Bildungsverbandsgruppe zu einer sehr gut besuchten Generalversammlung eingeladen, in der die Frage „Groß- oder Kleinschreibung“ zur Aussprache stand. Kollege Döber (Berlin), der das Referat für die Kleinschreibung übernommen hatte, zeigte einleitend in einer Reihe von Lichtbildern die Schwierigkeiten der Groß- und Kleinschreibung hauptsächlich bei den Verbindungen mit dem Worte Mal. Dann zeigte er seinen bekannten Verbesserungsvorschlag, der ja auch schon im „Sprachwart“ veröffentlicht ist. Zum Schluß erklärte er, daß nur die Kleinschreibung uns aus diesem Wirrwarr herausbringen könne. Kollege Küll (Berlin), der das Referat übernommen hatte, führte aus, daß die Buchdrucker vor elf Jahren gegen den Umsturz in der Rechtschreibung aufgestanden wären, heute fordern einige ihn. Dann wies er auf die Folgen hin, auf das Durcheinander der verschiedenen Hausorthographien, auf das erschwerte Lesen sowie darauf, daß die ganze Sache nur eine Wunde sei. Sobald die Wunde geändert wird, verschwände die Kleinschreibung von selbst. In der Aussprache betonte Kollege Behrens, der Vorsitzende der Handfesslerpartei, daß für diese wohl eine Reform der Rechtschreibung in Frage komme, jedoch nie die allgemeine Kleinschreibung. Kollege Ebenhart sagte daselbe im Auftrag der Maschinenfessler, Kollege Bösenberg für die Drucker und Kollege Jahn für die Korrektoren. Nachdem Kollege Bothmann noch für die Kleinschreibung eingetreten war, stellte Kollege Schäfer fest, daß in Hannover sämtliche Sparten sich offiziell gegen die Kleinschreibung ausgesprochen hätten, nur der Bildungsverband nicht. Nach den Schlussworten des Kollegen Döber und Küll wurde die Verammlung, die sehr lange gedauert hatte, geschlossen.

Neustadt a. d. Saardt. In unserer Bezirks-Hauptversammlung am 15. Februar konnte Vorsitzender Birgahn eine große Anzahl Kollegen der Ortsvereine Bad Dürheim, Landau und Neustadt begrüßen. Einleitend gedachte er ehrend zweier verstorbenen Kollegen. Ausgeschlossen wurden zwei Kollegen wegen Restierens und ein Kollege nach § 10 und 11 der Verbandsstatuten. Neu aufgenommen wurden vier Kollegen. Den Kassenbericht gab in gewohnter Weise Kassierer W. Maier. Es wurde ihm auf Grund der guten Rassenführung Entlohnung erteilt. Den Jahresbericht erstattete Kollege Birgahn. Er gab einen Überblick auf das verfloßene arbeitsreiche Geschäftsjahr und wies besonders darauf hin, daß die heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eine einige und geschlossene Kollegenchaft erfordern, um gegenüber den kommenden Stürmen hinsichtlich Lohnraubs und Entlohnungen gewappnet zu sein. Den Bericht von der Bezirksvorsitzkonferenz in Mannheim gab ebenfalls der Vorsitzende. Die Verammlung folgte den Ausführungen mit großem Interesse und stellte sich einmütig hinter unsere Vertreter, die sich bei den letzten Lohnverhandlungen mühevoll gegenüber den Prinzipalsvertretern behauptet haben. Die Neuwahl ergab die einstimmige Wahl des Ortsauschusses von Neustadt zum Bezirksauschuß, unter Singziehung des Vorsitzenden und Kassierers des Ortsvereins Landau und des Ortsvorsitzenden von Bad Dürheim. Unter „Verstärker“ gab Vorsitzender Birgahn in seinem Befehden über das Überbenutzen und die Schwarzarbeit in scharfen Worten Ausdruck. Die Verammlung beschloß Johann, anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Ortsvereins Bad Dürheim im Juni d. J. in Bad Dürheim ein Bezirksjubiläumsfest abzuhalten. Desgleichen wurde beschlossen, daß sich der Bezirk Neustadt geschlossen am dem im August d. J. in Kaiserslautern stattfindenden Dritten Pfälzischen Buchdruckerstag beteiligt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die harmonisch verlaufene Verammlung ihren Abschluß.

Hadeberg i. Sa. Am 8. Februar hier abgehaltene Bezirksversammlung fand einen starken Besuch auf. Als Hauptpunkt stand der Tagesordnung: „Stellungnahme zum Schiedspruch“. Der Bezirksvorsitzende schilderte den Verlauf der Lohnverhandlungen. Anschließend gaben die Debattierenden ihrer gerechten Entrüstung über die Vergewaltigung der Arbeiterchaft Ausdruck, wie sie jetzt von den Schlichtungsbehörden gehandhabt wird. Dann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die stark besuchte Verammlung des Bezirks Hadeberg am 8. Februar nahm mit Entrüstung Kenntnis von dem schmerzhaften Lohnabbauschiedspruch des Buchdruckerlohntarifs und sie lehnt diesen Spruch einmütig ab, da er in keiner Weise gerechtfertigt ist und nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Die Kollegenchaft stellt sich einmütig hinter den Verbandsvorstand und fordert, dem Lohnabbau mit aller Schärfe entgegenzutreten.“ Schnell Erledigung fanden die weiteren Punkte der Tagesordnung. Die Verammlung gab dem Wunsch Ausdruck, künftighin ein Mitglied des Gauvorstandes in beratende Verammulungen zu entsenden.

Mittheilung. In unserer sehr gut besuchten Versammlung am 18. Februar nahmen wir Stellung zu dem leider verbindlich erklärten Lohnabbauschiedspruch. Alle Redner führten eine scharfe Sprache gegen diesen planmäßigen Lohnraub der Regierung. Die Arbeit unserer Vertreter wurde anerkannt. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: „Dem Protest der Organisations-

vorstände im deutschen Buchdruckergewerbe gegen die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches vom 2. Februar 1931 stellt sich gleichfalls die Gesamtmitgliedschaft des Ortsvereins Rathenow an und ist beauftragt den Verbandsvorstand, auf den KOD einzuwirken, im Verein mit der Reichstagsfraktion der SPD. Schritte zur Aufhebung bzw. Abänderung des staatlichen Schlichtungswesens zu unternehmen, um den Gewerkschaften freies Spiel für Kampfmaßnahmen zu schaffen. Das Schlichtungswesen uns Buchdrucker im Kampf um Erhaltung besserer Lohnverhältnisse hinderlich war, muß seitens der Zentralinstanzen alles daran gesetzt werden, die Öffentlichkeit aufzuklären, daß sie ein Recht auf Abbau der Inzeraten, Abkommens- und Druckmaschinenpreise hat, damit die ungerechtfertigte Lohnkürzung nicht allein in die Taschen der Unternehmer wandert.“

Wiesbaden. Am 19. Februar fand auf Wunsch eines Teiles der Kollegenchaft eine außerordentliche Versammlung statt. Vorsitzender Schäfer machte zunächst einige geschäftliche Mitteilungen. Er verwies u. a. auf einen Vorgang in einer Kommission des preußischen Landtags. Dort hat die SPD, dafür gestimmt, daß Reichsankündigungen bei den Arbeitsgerichten zugelassen würden. Er erläuterte, welche Verschlechterung dies für die Arbeiter bedeutet. Sodann verwies er auf die Verbindlichkeitsklärung des Lohnraubschiedspruches. Er machte Mitteilung von dem Resultat des Vorgehens der Vertrauensleute. Die Prinzipalfakt lehnte es ab, den Lohnabbau betrag als Überminimallage an alle Kollegen weiterzugeben. Sie führt den Schiedspruch durch und gibt bekannt, daß sie zur Zeit von einem Abbau der iberärztlichen Zulagen, absehe. Das Vorgehen habe also einen teilweisen positiven Erfolg gehabt. Kollege Schäfer zeichnete dann die Situation im Reich und kam zu dem Schluß, daß ein Vorschlag nicht in Frage komme. Es müsse Vorrarbeit geleistet werden für die Zukunft. Kollege Pulkowski verlas und begründete folgende Resolution, die an den Zentralvorstand, den Gauvorstand und alle Bezirksvereine im Reich gehen soll:

Die am 19. Februar 1931 im „Volkshaus“ verammelten Kollegen des Ortsvereins Wiesbaden im B. d. D. V. lehnen den Lohnraubschiedspruch und damit selbstverständlic auch die Verbindlichkeitsklärung aus sehr ernstlichen ab. Da der Zentralvorstand sich weigert, Anwesenheitsmaßnahmen zu ergreifen, d. h. die Kollegenchaft, die in ihren Beschlüssen erklärt hat, den Kampf aufzunehmen zu wollen und abschließen unter dem Vorwand zu stehen, in ihrer Gesamtheit auf diesem Kampf auszurufen, so gehen wir den Gauvorstand, der verbrochen hat, uns nicht im Stich zu lassen, hiermit den Auftrag, folgendes zu tun: Der Gauvorstand erlucht den Zentralvorstand trotzdem nochmals um sofortige Einberufung einer Gauvorsteherkonferenz zwecks Kaufsanlage gegen den Schiedspruch, unter Anordnung folgender grundsätzlicher Kampfmaßnahmen:

1. Die Unternehmer sind zu warnen, von der Verbindlichkeitsklärung Gebrauch zu machen. Sie sind aufzufordern, dem Gehilfenvorstand auszuliefern: 40-Stunden-Woche; entsprechende Einstellung von Arbeitslosen unter Beachtung von 44 Stunden; kein Abbau der Bestandsanlagen. Sollten die Unternehmer diesem nicht einsehen, so sind ihnen mit aller Deutlichkeit die Konsequenzen der folgenden weiteren Punkte klar zu machen.
2. Absolut sofortiger Generalkstreik! Keine Zellung erlaubt, auch keine Partei- oder Gewerkschaftsbesuche (denn dieses verkündigt nur den Kampf und vermeht die finanziellen und moralischen Opfer der Arbeiter); es erschließen nur Verhandlungsbedingungen innerhalb unseres Verbandes über den Stand des Kampfes und weitere Maßnahmen.
3. Kein Bestandsaufstreik! Solange nicht der letzte Kollege (auch in Kleinbetrieben) wieder in Arbeit steht, sind auch in Großbetrieben, die bewilligen, die Arbeit nicht aufzunehmen.
4. Beschäftigung der Streiktagel! Wir kämpfen nicht zum Verhängnis, sondern für die arbeitende Klasse um die Möglichkeit zu leben und wir wollen verhindern, daß die Unternehmer durch Nichtbeachtung der Streiktagel (auch bei unehriger Bestandsaufstreik) noch ein Gefäß machen.
5. Unsere Forderung lautet dann: 40-Stunden-Woche und entsprechende Einstellung von Arbeitslosen, unter voller Beibehaltung des bisherigen Lohnes.

Sollte sich wieder erwarten die Zentrale weigern, diesem Verlangen nachzukommen, so hat der Gauvorstand des Gauv. Mittelrhein sofort die anderen Gauvorstände im B. d. D. V. auf einer Konferenz anzunehmen. Auf dieser Konferenz hat er den Zentralvorstand als abgesetzt zu erklären und bis zur nächsten außerordentlichen Generalversammlung ein provisorisches Zentralvorstand zu wählen.

Dieser hat mit der Gauvorsteherkonferenz die weiteren Kampfmaßnahmen zu beraten. Als grundsätzliche Kampfmittel sind die anfangs genannten Maßnahmen zu ergreifen.

Diese Resolution geht an alle Bezirksvereine im B. d. D. V. Für die Resolution sprachen die Kollegen Pulkowski, Wirth, Wahl, Reih und Häufiger — gegen diese die Kollegen Schäfer, Donnermuth und Hiller. Schäfer und Donnermuth bezeichneten die Resolution als undurchführbar — da sie gegen die Statuten verstoße und verpuffen müsse. Wiesbaden blamierte sich damit. Beide empfahlen, einen außerordentlichen Verbandsstag auf natuarlichem Wege zu verlangen bzw. zu beantragen — der in der Lage sei, alle Maßnahmen zu ergreifen, um weiteren Lohnraub zu verhindern. Die Resolution wurde in geheimer Abstimmung mit 88 Stimmen angenommen, 21 Stimmen waren dagegen und ein Fettel blieb weiß. Es hatten also 90 Kollegen abgestimmt. Ein Teil Kollegen hatte vorzeitig die Verammlung verlassen. Besuch war die Verammlung von 177 Kollegen — also etwa 50 Proz. der Mitgliedschaft. Bei negativer Antwort des Gauvorstandes wurde der Vorstand beauftragt, eine neue Verammlung einzuberufen. Vorsitzender Schäfer erfuhrte, am Sonntag, dem 1. März, vollständig zur Jahreshauptverammlung zu erscheinen.

Anmerkung der Schriftleitung: Durch zeitliche Bevorzugung aller seiner Versammlungsberichte, die sich auf unsere jüngste Lohnbewegung bezogen, waren wir bestrebt, so schnell wie möglich der Gesamtmitgliedschaft einen Überblick über die Situation im Reich zu ermöglichen. Zusammenfassend kam heute gesagt werden, daß es trotz aller berechtigten Mißstimmung und Empörung über den ungerechtfertigten staatlichen Lohnabbauschiedspruch, die aus sämtlichen Berichten herauszungen, doch auch an unerhöhter Anerkennung der gäßen Abwehrbemühungen der Verbandsleitung und der Gehilfenvertreter keineswegs gefehlt hat. In der Berichterstattung der heutigen Nummer kommt das ebenfalls verschiedentlich

klar zum Ausdruck. Das Schlimmste jedoch, was seither in Vertennung der tatsächlichen Erfolgsmöglichkeiten an Kurzsichtigkeit geteilt worden ist, stellt die von einem Teil der Mitgliedschaft Wiesbaden angenommene, oben vollständig abgedruckte Entschließung dar. Hier tauschen Gefahren auf, die richtig erkannt werden müssen, denen aber auch vorgebeugt werden muß, um die Gesamtmitgliedschaft vor bösen Enttäuschungen zu bewahren. Das wird in geeigneter Form auf anderem Wege noch geschehen, weil an dieser Stelle aus tatsächlichen Gründen leider nicht alles gesagt werden kann, was im wohlverstandenen Interesse der Gesamtheit liegt. Trotz steigender Erörterung muß der Verband allein entscheidend bleiben, dürfen wir uns von gewerkschaftlichen Erfahrungsstatistiken nicht abdrängen lassen. In Zeiten wirtschaftlicher Katastrophen muß uns so vorzüglich unterscheiden werden zwischen Erreichbarem und trotz aller Kraftanstrengung Unerreichbarem. Das trifft ebensowohl auf den Klassenkampf als Verhandlungsweg als auf den in der Wiesbadener Entschließung geforderten offenen Kampf, nämlich den Generalkstreik, zu. Wer den Appell der Organisationsvorstände an die Arbeiterchaft im Buchdruckergewerbe in Nr. 14 des „Korr.“ aufmerksam gelesen hat, kann „Richtlinien“ entbehren, wie sie die Wiesbadener Resolution aufstellt. Es ist absurd, in ausgetretenen gewerkschaftlichen Kinderbüden unter total veränderten wirtschaftlichen, staatlichen und arbeitsgesetzlichen Verhältnissen einen allgemeinen Kampf führen zu wollen, der nur gefühlsmäßig Erfolgsmöglichkeiten verspricht. Selbst die verlangte neue Führerganitur wird sich von gleichen Erwägungen leiten lassen müssen, wenn sie die Organisation vor unabsehbarem Schaden und die Mitglieder vor herben Enttäuschungen bewahrt wissen will. Gemeinsames Arbeiten und schöpferisches Vertrauen bilden die Voraussetzung für jeglichen organisatorischen Fortschritt. Gewiß sind die Zeiten bittere Arbeit und schwerer, aber nicht hoffnungslos! Wir haben keinen Anlaß zum Verzweifeln, wenn unser ernstes Bestreben darin besteht, unsere Organisation innerlich und äußerlich zu fäkten und auf der Basis des Auftrags der Organisationsvorstände in Nr. 14 des „Korr.“ alle weitere Tätigkeit für die Verbesserung unrer Lebensverhältnisse zu entfalten.

Allgemeine Rundschau

Gewerkschaftsführer beim Reichspräsidenten. Vertreter der Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen wurden am 26. Februar beim Reichspräsidenten v. Hindenburg vorstellig mit der Forderung, daß die Reichsregierung jetzt ernstlich daran geht, durch wirksame Nothilfe Maßnahmen das Gelpett der Arbeitslosigkeit wieder zu bannen. Sie forderten weiter, daß Schluß gemacht wird mit der Politik der Lohn- und Gehaltsenkung. Die Opfer, die auf diesem Gebiet bereits gebracht worden sind, seien so groß, daß ihnen nicht noch neue zugefügt werden dürften. Die Senkung der Kaufkraft, die mit der Senkung der Löhne und Gehälter verbunden ist, ist bisher nicht genügend kompensiert worden durch einen im täglichen Leben wirklich spürbaren Preisabbau. Auf das Ergebnis der Unterredung wird noch zurückzukommen sein.

Joseph Wagner v. Der Straßburger „Freien Presse“ vom 19. Februar entnehmen wir die schmerzliche Mitteilung vom plötzlichen Hinscheiden des früheren Vorstehers des Gauv. Elsaß-Lothringen, Kollegen Joseph Wagner. Am 18. Februar erlag er im Alter von nicht ganz 57 Jahren einem Herzschlag. Der so plötzl. aus dem Leben geschiedene war bis zum Kriegsausbruch Gauvorsteher und Gehilfenvertreter. Wie noch mehrere andere Vorstandsmitglieder wurde auch Kollege Wagner zum Militär eingezogen und machte den Krieg bis zur Beendigung mit. Nach dem Waffenstillstand glücklich nach Straßburg zurückgekehrt, wurde er das Opfer der dann einsetzenden deutschen Untriebe. Als geborener Rheinländer sah er sich gezwungen, seine Familie zu verlassen und im Saargebiet Stellung anzunehmen. Auch dort stellte er sich in den Dienst unserer Organisation. Schließlich gelang es Wagner wieder, in Straßburg, das ihm zur zweiten Heimat geworden war, Fuß zu fassen, wo er im Betrieb der „Neuen Zeitung“ konditionierte. Franzose geworden, beteiligte sich Kollege Wagner mit dem ihm eignen großen Interesse an der Buchdruckerache wieder rege am Verbandsleben und war zuletzt bis zu seinem Tode Mitglied des Regionalvorstandes der Elsaß-Lothringen des französischen Buchdruckerverbandes. Die Buchdrucker- und die allgemeine Arbeiterbewegung Elsaß-Lothringens verlieren in dem Verstorbenen einen aufrechten, allezeit opferbereiten Mittkämpfer. Aber auch die deutsche Kollegenchaft weiß Kollegen Wagner über das Grab hinaus Dank für sein früheres nimmermüdes organisatorisches Wirken. Wer jedoch als Kollege mit ihm in nähere Berührung kam, seinen lauten Charakter und sein entgegenkommendes Wesen schätzen lernte, der wird Joseph Wagner zeitweises ein ehrendes Andenken bewahren!

Buchgewerbliche Messerverammlung in Leipzig. Anlässlich der Frühjahrsmesse veranstaltet die Leipziger Typographische Gesellschaft am 2. März, abends 8 Uhr, im großen Hofaal der Meißnerschule für das graphische Gewerbe, Platzstraße 8 (Raum 400 im dritten Stof), eine Besprechung der auf der Messe ausgestellten Neheiten in der Bugrammalienmesse, Plakademie, Papiermesse, Werbebedarfsmesse. Messebesucher und Aussteller sind willkommen.

Neuer Konflikt in der westdeutschen Schwerindustrie. Obwohl der Lohnvertrag für die Eisen- und Hüttenindustrie Nordwest bis Ende 1931 unabdingbar läuft, versuchten die Vereinigten Stahlwerke anlässlich einer Stilllegungaktion ihrer Hütten in Duisburg zunächst durch Mittelspersonen ihren Belegschaften einen Lohnabbau von 20 Proz. anzubieten, um so die Betriebe aufrechtzuerhalten. Als die am Tarif beteiligten Gewerkschaften sich weigerten, auf dieses Angebot einzugehen und sich eine Durchbrechung des bestehenden Tarifvertrages verbatden, gab die Werksleitung einen neuen Vorschlag bekannt, der noch weitere Verschlechterungen vorsah, u. a. wollte sie den Gehlohn des ungelerten Arbeiters von der Tarifbasis

68 Pf. auf 60 Pf. herunterdrücken. Belegschaftsverammlungen lehnten diese Angebote einmütig ab. Nun verlangte die Werksleitung eine geheime Urabstimmung im Betrieb, in der stillen Hoffnung, die „terrorisierten“ Arbeiter würden jetzt anders entscheiden. Aber auch diese Meinung war falsch, mit Zweidrittel-Stimmenmehrheit entschied sich die Arbeiterbelegschaft für Ablehnung des Vorschlags, 4400 Stimmen lehnten die Durchbrechung des Lohnvertrags ab, nur 2100 waren für Annahme des Werksvorschlags. Jetzt aber will die Unternehmerpresse nicht etwa den Willen der Mehrheit gelten lassen, sondern nun wird frei behauptet, daß die Gewerkschaft die volle Verantwortung tragen für den Ausgang der Abstimmung und ihre Folgen. Trotzdem sich die Abstimmung „formell unabhängig von den Gewerkschaften“ vollzogen habe. Demagogisch wird in der Unternehmerpresse darauf verwiesen, daß die Belegschaft sich eigentlich durch ihre Abstimmung selbst brotlos gemacht habe, dennach nach den gegenwärtigen Rechtsbestimmungen (!) Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nicht erheben könne. In Wirklichkeit liegen die Dinge anders. Die Vereinigten Stahlwerke sind bei ihren ausgedehnten weltberweitigen Anlagen jederzeit in der Lage, durch die geschützten Androhungen der Betriebsstilllegung eine Arbeiterkraft gegen die andere auszuwählen. Sie können außerdem jederzeit die Produktion auf die vielen Betriebe beliebig verteilen. Eine Kleinigkeit, wenn die viel zu sehr ausgebauten Werke, wie augenblicklich, nur zu 40 Proz. ausgenutzt werden. In der ganzen Angelegenheit spielt noch etwas anderes mit. Der Oberbürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres, hat sich um die Verhinderung der Stilllegung bemüht. Vom Standpunkt der Stadt kann es allerdings nicht gleichgültig sein, 7000 Arbeitslose mehr zu haben. Aber Jarres hat sich in einer Weise betätigt, die schärfste Zurückweisung erfordert. Er hat nämlich nach der Abstimmung in den Betrieben ein neues Abstimmungsverfahren eingelegt. Jeder Arbeiter wurde durch einen Brief erneut zur Abstimmung durch eine Karte aufgefordert. Die Mehrheit der Arbeiter einschließlich arbeitsloser Personen haben sich bereit erklärt, zu einem um 20 Proz. verringerten Lohn weiterzuarbeiten. Maden solche Quertreibern die Schule, dann würde der Tarifvertrag für das ganze Schwerindustriegebiet bald erledigt sein. Der Metallarbeiterverband hat deshalb ganz energisch gegen die Einmischung des Herrn Jarres protestiert. Der Verlauf des Konflikts ist aber ein Beispiel dafür, zu welchen Maßnahmen man greift, um Wege zu finden und die Tarifvertragsrechte umzubringen. Aber auch in anderer Beziehung gibt der Verlauf mancherlei zu denken.

Zunahme des Arbeitslosenstands. Die neuermittelten Arbeitslosenzahlen der Reichsanstalt zeigen noch keine Besserung der Situation, sondern eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage an. Die Belastung der Arbeitslosenversicherung, die im vorigen Berichtsjahr noch um rund 155 000 Hauptunterstützungsempfänger zugenommen hatte, ist bis zum 15. Februar um rund 48 000 auf rund 2 602 000 gestiegen. Diese verhältnismäßig geringe Zunahme ist auf die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen. In der Krisenfrist wurden am gleichen Stichtag rund 801 000 Hauptunterstützungsempfänger gegenüber 811 000 am 31. Januar gezählt. Von den verfügbaren Arbeitsplätzen, die am 15. Februar den Arbeitsämtern eingetragen waren, waren rund 4 091 000 arbeitslos, rund 1 600 000 mehr als zur gleichen Zeit im Vorjahr. Trotz des milden Winters ist also nicht die von den Unternehmern vorausgesetzte Abnahme der Arbeitslosigkeit als Folge der Kohlenentung eingetreten, sondern — wie vorausgesehen war — eine außerordentliche Verschärfung.

Wörtenbelegung und Konjunktur. Seit einiger Zeit ist an den Weltbörsen eine starke Neubelebung zu beobachten, die auf neuen Mut und gesteigerte wirtschaftliche Unternehmungslust schließen läßt. In New York, Paris und London sind anscheinliche Kurssteigerungen bei den markt gängigen Wertpapieren zu verzeichnen gewesen. Auch in Deutschland zeigt die Börse seit Wochen ein freundliches Gesicht. Weht man von der Auffassung aus, daß eine Besserung der Konjunktur sich zuerst in den Wörtenkursen bemerkbar macht, so stände ein Wendepunkt in der Wirtschaftsentwicklung nahe bevor. Eine Voraussetzung ist allerdings, daß mit dem freundlichen Wetter an der Börse eine Entspannung und Erleichterung des Geldmarktes einhergeht. Die Diskontomarktlage in Frankreich, in den Vereinigten Staaten, Holland, der Schweiz usw. haben die Voraussetzungen für die Wörtenbelegung gegeben. Der Geldmarkt in Deutschland läßt zur Zeit noch eine Ent-

spannung vermissen. Dennoch ist durch die Genfer Konferenz das Vertrauen zu Deutschland wesentlich gestärkt worden. Die bekannte Finanztransaktion mit Frankreich konnte nur auf dieser Basis vollzogen werden. Wie man aber auch die Bewegung der Börse einschätzen und betrachten möge, die Konjunktur wird dadurch einen Anstoß erfahren. Wichtig ist der Umschwung in der Wirtschaftsentwicklung näher als wir glauben.

Verchiedene Eingänge

„Graphische Fachblätter.“ Monatsheft für das gesamte graphische Gewerbe. (Herausgeber: Verlagsanstalt „Graphische“) Seit 2. Februar 1931, 2. Jahrgang, herausgegeben vom Redaktion für Buchdrucker in Leipzig O. Verlag Julius Meißner. „Schneller Graphische Mitteilungen.“ Monatsheft für das graphische Gewerbe. Herausgeber: August Müller in St. Gallen. 4. Jahrgang. Heft 2. Abonnementpreis für die Länder des Weltpostvereins 7,50 Fr. halbjährlich. Sicherer unentgeltlich auszusenden. „Nordst. Fortschrittliche Kunst.“ Fortschritt für Buchdruckerei, Buchfunk, Buchschneide und Metallgewerbe. Herausgeber:

Gestorben

In Glogau am 12. Februar der Seberinvalide Richard Sauer 61 J. 72 Jahre alt.
In Hamburg am 10. Februar der Stereotypeninvalide Otto Sauer 60 Jahre alt.
In Freiburg am 21. Dezember der Seberinvalide Carl Schreiber aus Neustadt, 62 Jahre alt — Kirchenverwalter, 40 Jahre alt — Freilohe.
In Leipzig am 1. Februar der Drucker Adolf Stöckigt aus Leipzig-Möblich, 77 Jahre alt.
In Magdeburg der Drucker Otto Schröder aus Leipzig, 70 Jahre alt.
In Glogau am 27. Januar der Buchdrucker Leopold Sauer, 60 Jahre alt — Kirchenverwalter.
In Zambrogerhagen am 6. Februar der Maschinenseher Friedrich Sobel, 61 Jahre alt.
In Werdau a. S., der frühere Drucker Karl Stöckigt aus Tremschen, 68 Jahre alt.

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 1193, 3141 bis 3145. Postkonto: Bank der Arbeiter, Magdeburg und Beamerstr. 14, Berlin S 14, Wallstraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1023 87 (S. Gewerbet).

Sendungen an der „Korr.“ auf Postfachkonto Berlin NW Nr. 26510 unter: Geschäftstelle des Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker Berlin SW 61.

Von Bayern. In der Metallwarenfabrik Maxen in Regensburg ist ein Arbeiter in die Kasse gestürzt, die dort beschäftigten Buchdrucker sollten dem Provinzial-Arbeitsamt zwangsweise untergeordnet werden, was diese ablehnten und die Arbeit einstellen. Bei eventuellen Angeboten sind unter allen Umständen sofort Erkundigungen einzulegen beim Vorstandsleiter Maxen a. M. Dübner, München, Volkstraße 24, 1.

Adressenänderungen

Von Rheinland-Westfalen. Geschäftsführer: Peter Brückner, Köln-Deich, Karstraße 27.
Weißberg (Holl.). Vorsitzender: Joseph Schreyer, Weissberg (Holl.). Vorbergraber: Paul Fabi, Weissberg (Holl.). Geschäftsträger: 22.
Aölin. Vorsitzender: Erich Rohmann, Wiltbergstraße 11; Kassierer: Carl Schumann, Grüner Weg 64, Leipzig W 24. Nichtamtliche-Stelle: 13. Kassierer: Adalbert Trautwein, Leipzig O 30, Eisenbahnstraße 10, III.
Münchheim (Machinenseher). Vorsitzender: Math. Fennel, Münchheim-Deeran, Angelfstraße 10.
Remmianen. Vorsitzender: Georg Schult, Kaschstraße 25, Remmianen. (Hearts-Druckereiverein). Vorsitzender: C. Werle, Engländerwall 11, 1.
Nilsen i. Finn. Vorsitzender: Carl Meyer, Sobelstr. 2.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einsendungen innerab 14 Tagen an die belagelte Adresse):
Im Gau Hamburg-Altona 1. der Seber Emil Wäge, geb. in Wenzelsbühl 1910, ausged. in Altona 1930; die Wäcker 2. Carl Wäcker, geb. in Hamburg 1894, ausged. 1908; 3. Max Wäcker, geb. in Hamburg 1891, ausged. 1911; waren schon Mitglieder. — Fr. Rumber in Hamburg, Wenzelsbühl 67, II.
Im Obergau der Seber Bernd Wöfler, geb. in Berlin 1912, ausged. 1930; war schon Mitglied. — Ulrik Reintke, Sietlin, Lindenstraße 26, I.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Dem auf der Reise befindlichen Seber Gerhard 114er (Hauptbuchnummer 137 308) darf eine Reisekostenunterstützung nicht mehr ausbezahlt werden. Dieser ist seit Mitte Dezember 1930 in der Liste der Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt. Wir eruchen die Reisekostenverwaltung, die Auszahlung des Solleges im Verbuchbuch zu vermerken, in dem sich wahrheitsgemäß ein falscher Eintrag befindet, denn sonst hätte der Betrag gar nicht entzogen können.

Hamburg-Altona. Für den durchreisenden Truckerkollegen Er. Schiller geboren zu Zömmelungen (Hauptbuchnummer 129 671) liegen hier in der „Korr.“ in Berlin geratene Papiere (Steinbühl) um 1.2. Die Papiere werden gegeben, den Vermerk darauf aufmerksam zu machen.

Wittenfeld. Die Auszahlung des Ortsausgleichs kann ab 1. März auf Grund der folgenden Finanzverhältnisse auch an Ausgeloherte und Arbeitslose ausbezahlt werden.

Mittweide i. S. Unterfließtuna wird an Ausgeloherte und Arbeitslose von Kurt Enckmann, Zährnerplatz 7, III, von nachmittags 2 bis 4 Uhr ausbezahlt.

Verammlungskalender

Großsch.-Brau-Weinbau. Fortragen des Sonnabend, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im „Lernerbeim“, Schletterstraße.
Jena. W. A. Schindler. Jahresbauverein am 1. März Sonntag, den 1. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Kaiserlautern. Die für Sonntag, den 22. März, ausbezaltende Arbeiter- und Jugendvereine in der „Korr.“ sind um 10 Uhr, Sonntag, den 22. März, abends 7 Uhr, im Gesellschaftsraum des „Vollshaus“, Seber Straße 32.

Abrechnung der Verbandskasse über das 4. Quartal 1930

Die Einnahmen und Ausgaben in den Gauen beziehen sich auf die Monate Juli, August, September 1930

Einnahmen:	
Einfacherebeit, Beiträge in den Gauen im 3. Quartal 1930 und sonstige Einnahmen (Bilanzen usw.)	2 370 819,39 RM.
Zufuß	486 300,57 RM.
Summa	2 857 119,96 RM.
Ausgaben:	
Unterstützungen in den Gauen im 3. Quartal 1930, Verwaltung usw.	2 838 829,77 RM.
Aberweisung an die Unterstützungsreferate	30 289,59 RM.
Summa	2 869 119,36 RM.

Bilanz am 31. Dezember 1930

Aktiva:	
Barbestand und Postfachkonto	11 074,— RM.
Bankguthaben	1 582 496,56 RM.
Beschaffe der Gauen	574 371,76 RM.
Vorran an Korrespondenten, Papiere	6 706,05 RM.
Barlehen	207 303,28 RM.
Freianderverwaltung	3 061 617,83 RM.
Wertpapiere und Anlagen	2 850 724,43 RM.
Summa	8 295 193,91 RM.
Passiva:	
Einsendungen auf die Abschreibung d. 4. Quartals 1930	157 042,92 RM.
Unterstützungsreferate	2 881 261,83 RM.
Verbandsvermögen am 31. Dezember 1930	5 256 889,16 RM.
Summa	8 295 193,91 RM.

Verlin, 22. Januar 1931.
Vorstand der Kassenabteilung ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Tageskassenbestand in Belegen und Kasse festgestellt worden.
Berlin, 8. Februar 1931.

Die Revisionskommission:
gez. Otto Pieper, gez. Wilhelm Klebeck, gez. D. Trenke.
Den vorstehenden Kassenabteilung haben wir geprüft und mit dem oben genannten gehörigen Büchern, Belegen und Unterlagen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Berlin, in Abrechnung befunden.
Berlin, 25. Februar 1931.

Gesellschaft für Vermögensverwaltung und Verwaltung (Treuhänder) m. b. H. gez. Heilberg, gez. p. pa. Dr. Richter.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 17
(28. Februar 1931)

Artikel: Gegen den Abzug überzähliger Entlohnung. Einmalige Kapital in der Geschichte des Deutschen Buchdrucker-Vereins. — Soziale Ungleichheit. — Wie kann das Herz der Erwerbslosen gemindert werden? — Neidum für die Not. — Freilicht: Im Westen nichts Neues. — Reichsflucht nach Ostpreußen. — Mit den §§ 1, 2, 0, 23, 25—28 und Anlage A (Wahlgesetz). — Korrespondenzen: München, Berlin (Sch.), Dortmund, Wittenfeld, Hensburg, Frankfurt a. M. (Sch.), Hannover, Weiskopf a. d. S., 1. — Andere: Berlin, Wittenfeld, Wittenfeld.

Mitglied: Gewerkschaftsleiter beim Reichspräsidenten. — Joseph Mayer 1. — Buchgewerbliche Verbesserungsammlung in Leipzig. — Neuer Konflikt in der westdeutschen Schwerindustrie. — Zunahme des Arbeitslosenstands. — Wörtenbelegung und Konjunktur.

Anzeigen

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltene Millimeterhöhe für Stellensuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Graphische Abteilung der Kunstgewerbeschule Bielefeld

Das Semester beginnt am 1. April und 1. Oktober 1931. Gründliche und zeitgemäße Ausbildung in gut eingerichteten Werkstätten mit angegliederter Photo-Abteilung

Ausführliche Drucksachen und Lehrpläne kostenlos durch das Sekretariat erhältlich

Zur Maschinenreferat
Abrechnung der Matzen. 60 Pf. Das Produkt der Schmaßschneide. 60 Pf.

Der Typograph . . . 2,50 M.
Die Linotype . . . 5,00 M.
Die Monotype . . . 5,00 M.
25 Fragen und Antworten für Linotypenschnelldrucker 1 M.
Geschichte der Schmaßschneide. 3 M.

Verlag
Gesellschaftsverbandes d. D. S.
Berlin SW 61, Dreilindstr. 5.

Am 10. März beginnt ein neuer Fernkursus in Mäfers Tonplattenstecherei

Wer die für den Beruf des Zeichners und Druckers unentbehrliche Technik des Mäfers-Tonplattenstechens gründlich erlernen will, verlange umgehend kostenloses Probeheft.

Graphische Fachzentrale e. m. b. H., Leipzig 1

Am 21. Februar verließ unser lieber Kollege, der Seberinvalide (172) **Heinrich Thimm** aus München, im 61. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm der Buchdruckereien in Hamburg-Altona.

Am 21. Februar verließ nach langen Jahren ein solches Andenken unser lieber Kollege, der Seberinvalide (170) **Konrad Schäfer** im Alter von 60 Jahren. Der Verstorbene war mehrere Jahre Vorsitzender des Bezirksvereins der Stereotypisten. Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahrt Ortsvereine tragen. Die Beerdigung am 21. Februar in Hagen. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Ortsverein Düsseldorf.

Leipziger Maschinenreferatvereinigung

Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“, Rongierplatz (Zimmer 3—U).

Monatsversammlung

Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Vortrag: „Wohin und Wohin abwärts“ Referent: Wirtschaftskorrespondent K. u. S. von der „Leipziger Volkszeitung“, 3. Bericht über den.

Um recht zahlreichen Besuch bitte! Der Vorstand.

Erfinde! Was noch erfunden werden muß! mit „Erfinders-Winken“ gratis. Patent-Angebot, Berlin-Charl., Teichstraße 34/0

Gewerkschaftsmitglied

denke daran Jeder Handlungsgehilfe oder Bureauangestellte — männlich oder weiblich — gehört in den freigewerkschaftlichen **Zentralverband der Angestellten**

Wiederum entlich aus der Tod zwei liebe Kollegen: Am 14. Februar den Maschinenreferat 177 **Herrn Gottschlich** aus Schneidmühl, im Alter von 61 Jahren (Schlaganfall), und am 21. Februar den Seberinvaliden **Heinrich Hesse** aus Rotterdam, im Alter von 42 Jahren (Schlaganfall). Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen Ortsverein Düsseldorf.